



## **Protokoll**

### **24. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 14. Dezember 2020, 18:00–22:18 Uhr; fortgesetzt am Mittwoch, 16. Dezember 2020, 18:00–20:03 Uhr**

Montag: Sporthalle Unterrohr, Unterrohrstrasse 1, Schlieren

Mittwoch: Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

**Vorsitz** Sasa Stajic, Präsident

**Protokoll** Janine Bron, Sekretärin

**Anwesend** 34 (33) am 14. Dezember 2020  
32 am 16. Dezember 2020

**Entschuldigt am 14. Dezember 2020**  
Yvonne Brändle Amolo  
Silvia Meier-Jauch ab 20:00 Uhr  
Dominik Ritzmann

**am 16. Dezember 2020**  
Yvonne Brändle Amolo  
Silvia Meier-Jauch  
Dominik Ritzmann  
Lukas Speck

**Gäste** **Keine**

143/2020 16.04.10

**Mitteilungen Gemeindeparlament 2018 - 2022**  
**Sitzung vom 14. Dezember 2020**

**Protokoll**

Das Protokoll der 23. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 16. November 2020 wurde vom Büro am 30. November 2020 auf dem Korrespondenzweg genehmigt. Parlamentsmitglieder könnten einen Antrag auf Änderung des Protokolls bis drei Tage vor der Parlamentsitzung beim Präsidenten einreichen. Es ging kein Antrag ein. Das Protokoll ist somit genehmigt.

**Eingang Beschlussantrag**

Songül Viridén hat am 23. November 2020 einen Beschlussantrag betreffend "Teilnahmemöglichkeit der Risikogruppe des Gemeindeparlaments" eingereicht. Dieser wird an der nächsten Parlamentsitzung auf die Traktandenliste gesetzt.

**Eingang Kleine Anfragen**

Walter Jucker hat am 4. Dezember 2020 eine Kleine Anfrage betreffend "Strassenbeleuchtung" eingereicht.

Thomas Grädel hat am 8. Dezember 2020 eine Kleine Anfrage betreffend "geplante Sanierung der Engstringerstrasse" eingereicht.

**Beantwortung Kleine Anfragen**

Die Kleine Anfrage von Walter Jucker betreffend "Benutzungsreglement Turnhallen" wurde vom Stadtrat am 18. November 2020 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Henry Jager betreffend "Schwimmunterricht" wurde vom Stadtrat am 18. November 2020 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Dominic Schläpfer betreffend "Missbräuchliche Limeco-Kehrichtgebühren" wurde vom Stadtrat am 2. Dezember 2020 beantwortet.

Die Kleine Anfrage von Walter Jucker betreffend "Freihändige Vergabe der Limeco" wurde vom Stadtrat am 2. Dezember 2020 beantwortet.

**Budget 2021, Investitions- und Finanzplan 2020 bis 2024**  
**Beschluss GP: Vorlage Nr. 12/2020: Antrag des Stadtrats auf Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses für das Jahr 2021**

Referentin des Stadtrats:

Manuela Stiefel  
 Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

**Weisung**

Für das Jahr 2021 wird ein Aufwandüberschuss von 5.826 Mio. Franken budgetiert. Die Haushaltsregeln werden eingehalten. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 3.453 Mio. Franken. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von 21.403 Mio. Franken und ein Ausgabenüberschuss von 2.7 Mio. Franken im Finanzvermögen. Für das Jahr 2021 wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 16 % gerechnet.

Der einfache Gemeindesteuerertrag kann gegenüber dem Budget 2020 um 2.1 Mio. Franken erhöht werden, er liegt für das Jahr 2021 bei 50 Mio. Franken. Der Steuerfuss wird von 111 % auf 114 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) erhöht.

Der Stadtrat hat das Budget 2021 der politischen Gemeinde Schlieren geprüft und für richtig befunden.

**Der Stadtrat beschliesst:**

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

1. Das **Budget 2021** der politischen Gemeinde Schlieren wird wie folgt genehmigt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	Gesamtaufwand	Fr.	172'748'600.00
	Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	Fr.	109'922'600.00
	<b>Zu deckender Aufwandüberschuss</b>	<b>Fr.</b>	<b>-62'826'000.00</b>
<b>Investitionsrechnung VV</b>	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	22'853'000.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	1'450'000.00
	<b>Nettoinvestitionen VV</b>	<b>Fr.</b>	<b>21'403'000.00</b>
<b>Investitionsrechnung FV</b>	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	4'083'000.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	1'359'200.00
	<b>Nettoinvestitionen FV</b>	<b>Fr.</b>	<b>2'723'800.00</b>

2. Der **Gemeindesteuerfuss 2021** wird auf 114 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von 50 Mio. Franken.

<b>Einfacher Gemeindesteuerertrag (100%)</b>		Fr. 50'000'000.00
<b>Steuerfuss</b>		114%
<b>Erfolgsrechnung</b>	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. -62'826'000.00
	Steuerertrag bei 114%	Fr. 57'000'000.00
	<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>Fr. -5'826'000.00</b>

3. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zu Lasten des zweckfreien Eigenkapitals.

### **Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Die RPK hat die Vorlage geprüft. Sie empfiehlt dem Parlament folgendes zu beschliessen:

1. Einstimmig mit 6 zu 0 dem Budget 2021 der politischen Gemeinde Schlieren zuzustimmen.
2. Mehrheitlich mit 4 zu 2 den Gemeindesteuerfuss 2021 auf 111 % (Vorjahr 111 %) der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festzusetzen. Dies ist entgegen dem Antrag des Stadtrats von 114 %. Wird die Empfehlung der RPK-Mehrheit vom Gemeindeparlament gutgeheissen, ist das Budget 2021 der politischen Gemeinde Schlieren entsprechend anzupassen.

Schlieren, 2. Dezember 2020

Der Präsident: Boris Steffen  
Die Protokollführerin: Nicole Hollenstein

### **Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Budget 2021**

Boris Steffen zeigt zur Veranschaulichung seines Votums eine Präsentation. Der Erfolgsrechnung ist zu entnehmen, dass der Ertrag gegenüber dem Budget 2020 um 1.6 Mio. Franken sinkt. Der Aufwand hingegen steigt um 1.2 Mio. Franken. Es resultiert ein budgetierter Aufwandüberschuss von 5.826 Mio. Franken. Das sind 2.87 Mio. Franken mehr als im Budget 2020. Die grössten Netto-Unterschiede gegenüber dem Vorjahresbudget sind auf der Aufwandseite der um 2.1 Mio. Franken steigende Personalaufwand, 0.8 Mio. Franken weniger Sach- und übriger Betriebsaufwand (Gaseinkauf), 0.8 Mio. Franken mehr Abschreibungen im Verwaltungsvermögen (Doppelhort, ICT, FC Garderoben), weniger Transferaufwand von 1 Mio. Franken (ges. wirtschaftliche Hilfe (-), ZL/AHV (-), Kant. Lehrbesoldung (+), ZVV (+). Auf der Ertragsseite sind die wesentlichen Netto-Unterschiede gegenüber dem Vorjahresbudget der 2 Mio. Franken höhere Fiskalertrag, 0.6 Mio. Franken weniger Entgelt (Abfall (+), Gas (-), der um 0.6 Mio. Franken sinkende Finanzertrag infolge weniger Buchgewinne und der um 2.2 Mio. Franken sinkende Transferertrag (Ressourcenzuschuss (-). Im Verwaltungsvermögen sind Investitionen in der Höhe von 22.853 Mio. Franken geplant. Die Einnahmen belaufen sich auf 1.45 Mio. Franken. Dies ergibt Nettoinvestitionen von 21.403 Mio. Franken. Darin ist bereits eine Reduktion von 3.041 Mio. Franken berücksichtigt, welche aufgrund der Realisierungsquote miteinberechnet wird. Aufgrund des Aufwandüberschusses und weiteren Rechnungspositionen wie beispielsweise Abschreibungen, können Investitionen in der Höhe von 3.453 Mio. Franken selber finanziert werden. Dabei handelt es sich um eine einfache Cash-Flow-Methode. Gegenüber stehen 21.403 Mio. Franken für geplante Investitionen. Es resultiert somit ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 18 Mio. Franken. Es können rund 16.1 % der geplanten Investitionen selber finanziert werden. Dabei ist zu beachten, dass alle Werte, die kleiner als 50 % sind, ungenügend sind. Selbst Werte von 5080 % sind als problematisch zu bezeichnen, weil eine Neuverschuldung erfolgt, wenn der Wert unter 100 % liegt. Im Finanzvermögen ist ein wesentlicher Bestandteil der Investitionen in Sachanlagen der beabsichtigte Kauf des Teilstücks der Badenerstrasse in Höhe von 3.103 Mio. Franken. Es stehen Verkäufe in der Höhe von 1.359 Mio. Franken an. Es resultiert ein Buchgewinn von rund 1 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen belaufen sich auf 2.724 Mio. Franken. Das Gemeindegesetz schreibt zum Haushaltgleichgewicht vor, dass pro Jahr ein Aufwandüberschuss in der Höhe der budgetierten Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen zuzüglich 3 % des Steuerertrags budgetiert werden kann. Das Budget 2021 weist ein Aufwandüberschuss von 5.826 Mio. Franken aus. Möglich wäre ein Aufwandüberschuss von 11.465 Mio. Franken. Solange diese Grenze nicht überschritten wird, kann das Haushaltgleichgewicht eingehalten werden. Hinzukommen zwei selbstauferlegte Regelungen des Stadtrats. Zum einen betrifft dies die Spezialfinanzierung. Um einerseits einen minimalen Fondsbestand zu gewährleisten und andererseits eine Äufnung von überschüssigem Eigenkapital mittels zu hohen Gebühren zu verhindern, hat sich der Fondsbestand der jeweiligen Gemeindebetriebe in einer Bandbreite von 75-150 % des Anlagewerts

zu bewegen. Massgebend ist das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr. Bei Unterschreiten von 75 % des Anlagewerts ist im darauffolgenden Budget eine Einlage, bei Überschreiten von 150 % eine Entnahme vorzusehen. Die Berechnungen basieren auf der Jahresrechnung 2019. Der Anlagendeckungsgrad der Gasversorgung beträgt 187 %. Entsprechend ist für das Jahr 2021 eine Entnahme zu budgetieren. Die zweite Regelung betrifft die Nettoverschuldung. Sobald die Nettoschuld auf Basis des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahrs Fr. 4'000.00 pro Einwohnerin und Einwohner übersteigt, sind die im Gesamthaushalt budgetierten Nettoinvestitionen zu 60 % selbst zu finanzieren. Wird die Selbstfinanzierung infolge eines negativen Saldos in der Erfolgsrechnung reduziert, können alternativ Nettoinvestitionen in Höhe der planmässigen Abschreibungen des letzten Rechnungsjahrs budgetiert werden. Steigt die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner über Fr. 5'000, so ist im kommenden Budget ein Selbstfinanzierungsgrad von 70 % zu erreichen resp. Alternativ die planmässigen Abschreibungen des letzten Rechnungsjahrs. Übersteigt die Nettoschuld die Schwelle von Fr. 6'000.00 pro Einwohnerin und Einwohner, ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 80 % zu budgetieren, bei Fr. 7'000 mindestens 90 % und bei Überschreiten von Fr. 8'000 mindestens 100 %. Die Regelungen gelten für den Gesamthaushalt. Die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner beträgt Fr. 2'073. Somit werden beide vom Stadtrat auferlegten Regelungen umgesetzt resp. Eingehalten. Während sechs Wochen führte die RPK fünf Sitzungen zur Prüfung des Budgets durch. Dafür wurden 13 Stunden investiert. Es wurden vorgängig durch die Verwaltung und die RPK 182 Fragen zum Budget 2021 beantwortet. Die Tendenz der vorgängig beantworteten Fragen ist steigend, wenn man die letzten Jahre miteinander vergleicht.

### **Stellungnahme der Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften**

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass Gemeindeparlament und Stadtrat im gleichen Boot sitzen. Die Stimmberechtigten trauen mit ihrer Wahl den Parlaments- und Stadtratsmitgliedern zu, die Herausforderungen und die Aufgaben, die für Schlieren anstehen, im Sinne aller Einwohnerinnen und Einwohner anzupacken. Es wird erwartet, dass Lösungen zustande gebracht werden. Das braucht Vertrauen. Die Bevölkerung hat es dem Parlament und dem Stadtrat geschenkt. Entsprechend sollten es sich das Parlament und der Stadtrat ebenfalls gegenseitig schenken. Jean-Paul Sartre hat es auf den Punkt gebracht: "Vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere." Alle stecken in einem Jahr 2020, welches stark von Corona bestimmt worden ist und noch bestimmt wird. Niemand hat das in diesen ganzen Dimensionen kommen sehen. Vieles ist anders herausgekommen als geplant. Viele Menschen sind vom Schicksal hart getroffen worden. Heute wird diskutiert, wie die Steuergelder in Schlieren im Jahr 2021 eingesetzt werden sollen. Sämtliche Parlamentsmitglieder haben sich vertieft damit auseinandergesetzt. Manuela Stiefel erinnert, dass sie zusammen mit dem Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften am Feierabendgespräch über die Entwicklung der städtischen Finanzen reden durften. Es war ihnen ein Anliegen, den Anwesenden aufzuzeigen, dass der Finanzhaushalt der Stadt doch in seiner ganzen Planungs- und Finanzierungsspannweite betrachtet wird. Der Antrag der RPK-Mehrheit, den Steuerfuss bei 111 % zu belassen, ist für den Stadtrat nicht überraschend. Die Gesichter der Mitglieder der RPK haben bei der Präsentation des Budgets nur mittelfreudig gestrahlt. Den Steuerfuss erhöhen, das tönt dramatischer als es ist. Eine Mehrheit im Parlament hat den Steuerfuss an der letzten Budgetdebatte gesenkt. Das zu einem Zeitpunkt, als der Stadtrat erleichtert gewesen ist, dass keine Erhöhung nötig geworden ist. Der heute vorliegende Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss vermeintlich zu erhöhen, entspricht dem Wunsch, wieder auf dem damaligen Niveau agieren zu können. Durch die Steuerreform profitieren die juristischen Steuerzahlenden von einer beträchtlichen Reduktion. Es zeigen sich strukturelle Defizite in den Erfolgsrechnungen der Planjahre. Hohe Investitionen erhöhen jährlich die Finanzierungsfehlbeträge. Die Nettoschuld steigt. Wohl zeichnen sich in den nächsten Jahren Buchgewinne ab. Diese sind aber immer nur einmalig. Das Gemeindeparlament hat heute das letzte Wort. Die Parlamentsmitglieder bestimmen, welche Investitionen oder andere Vorhaben gestrichen werden sollen und legen am Schluss der Debatte den Steuerfuss fest. Was auch immer entschieden wird, das Jahr 2021 wird gemeinsam angepackt.

**Parlamentspräsident Sasa Stajic bemerkt, dass in der Zwischenzeit Stadtpräsident Markus Bärtschiger und Parlamentsmitglied Manuel Kampus eingetroffen sind. Somit sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend.**

## Eintretensdebatte

John Daniels (FDP) erklärt für die Fraktion FDP, dass Schlieren eine Stadt mit reger Bautätigkeit ist. Bald wird die Bevölkerung die 20'000 Marke erreichen. Allein in den letzten 12 Monaten sind mehrere neue Wohngebiete entstanden. Um dieses Wachstum zu bewältigen, muss aber auch die Infrastruktur mitziehen und gleichermassen entwickelt werden, ohne bestehende Infrastrukturen zu vernachlässigen. Es sind für alle schwierige Zeiten und diese dauern jetzt schon bald ein Jahr an und es ist noch kein Ende in Sicht. Im Gegenteil, es könnte für die Bevölkerung noch strenger werden, bevor die ganze Krise vorbei ist. Es war sicher nicht einfach das Budget 2021 zu erstellen. Schlieren mit seinen vielen juristischen Steuerzahlern, deren Gemütsstimmung von optimistisch bis pessimistisch hin- und herschwankt. Auch der Kanton hatte seine Voraussagen innerhalb von wenige Wochen mehrmals geändert. An dieser Stelle möchte die Fraktion FDP dem gesamten städtischen Personal ein Kränzchen winden. Trotz vielen Ausfällen hat man es fertiggebracht, bei guter Laune zu bleiben, und das Budget termingerecht abzuliefern. Die Stadtverwaltung konnte trotz Coronakrise und einigen damit verbundenen Ausfällen am Laufen gehalten werden, vom Stadthaus bis zur Kehrrichtentsorgung. Der Schule unter der Leitung von Stadträtin Bea Krebs ist ein grosses Lob auszusprechen. Man musste sich nicht nur um die Bildung der Kinder unter erschwerte Bedingungen kümmern, sondern auch ein Budget erstellen und dieses dann mit einem ganz grossen roten Stift kürzen. Auch im Bereich Soziales wird sich in den nächsten Monaten einiges bewegen. Zuerst werden, um die Sparmassnahmen umzusetzen, die Kosten nach oben gehen, um dann im Jahr 2022 richtig wirksam zu werden. Dies immer unter der Voraussetzung, dass das Parlament die Vorlage Anfang nächstes Jahr bewilligt. Das Budget vom nächsten Jahr sieht ein Aufwandüberschuss von fast 6 Mio. Franken vor. Auch wenn man die letzten Jahre anschaut, wo am Schluss das Resultat immer besser ausfiel als die Prognose. Die Lage ist ernst und der Aufwandüberschuss zu hoch. Die Fraktion FDP hat sich wie jedes Jahr ernsthaft mit dem Budget auseinandergesetzt und hat einige Investitionen gefunden, die in der Detailberatung zu hinterfragen sein werden. Die Fraktion FDP hat sich gefragt, ob alles durch den Stadtrat genau angeschaut wurde. Wurde der Finanzplan auf Herz und Nieren überprüft? Sind die vorgesehenen Investitionen mit realistischen Beträgen im richtigen Jahr eingetragen usw. Will man vielleicht nicht zu viel Luxus? Reicht das alt bewährte nicht? Ein Beispiel für diese Aussage ist die Treppe in der Leemannstrasse. Bereits dieses Jahr wurden Fr. 220'000.00 beansprucht. Nächstes Jahr nochmals Fr. 220'000.00 ergibt ein Total von Fr. 440'000.00. Beim Nachfragen hat man dann den Fehler bemerkt. Beansprucht wurde in diesem Jahr noch gar nichts! Die Kosten sind nur mit Fr. 220'000.00 zu budgetieren. Bei der Fragerunde zum Budget sind 182 Fragen eingegangen, die dann durch die RPK oder den Stadtrat beantwortet wurden. Die Fraktion FDP dankt der RPK, dem Stadtrat und den Abteilungen für die prompte Erledigung. Erstaunlich hingegen ist die Anzahl der eingegangenen Anträge zum Budget und von wo diese alle kamen. Der IFK-Präsident hat, wie im Vorjahr, die Anträge gesammelt und dann an den Stadtrat weitergeleitet. Nachträglich nach einigen Abklärungen gab es noch Änderungen die zum Teil erst heute in der Früh verschickt wurden und nicht alle erreichten. Dafür entschuldigt sich John Daniels persönlich. Anscheinend sind die Parteien der Linken mit dem Budget sehr zufrieden, haben keine Mühe mit einem Aufwandüberschuss von nahezu 6 Mio. Franken und kennen das Wort "sparen" nicht. Oder hat man Angst Anträge zu stellen, die dann verworfen werden? Die bürgerlichen Parlamentsvertretenden hören sich Anträge seitens der linken Parteien gerne an und wenn ein Antrag als gut empfunden wird, dann gibt es nichts, das verhindert, diese Anträge zu unterstützen oder auszudiskutieren.

**Parlamentspräsident Sasa Stajic unterbricht John Daniels, da die Redezeit von 5 Minuten abgelaufen ist. Daraufhin beendet John Daniels sein Votum.**

Kushtrim Aziri (SP) erklärt, dass die Parlamentsmitglieder heute das Recht haben, das Budget 2021 und die damit verbundenen Budgetposten zu analysieren und gegebenenfalls Änderungsanträgen zuzustimmen oder auch nicht. Ein Budget aufzustellen, ist mit grossem Aufwand verbunden, daher möchte die Fraktion SP in erster Linie dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Erstellung des Budgets und die Beantwortung aller Fragen danken. Kushtrim Aziri erklärt, dass sich die Parlamentarier, als Repräsentanten des Volkes gewählt, heute damit auseinandersetzen müssen, ob und wie das Budget 2021 abgenommen werden will. Die Schwierigkeit in dieser Hinsicht liegt darin, abzuschätzen, was nicht heute, sondern morgen, übermorgen oder vielleicht in einem Jahr richtig sein soll. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass etwas 120 - 160 mm Kleines den Rahmen vom Vorstellbaren

sprengen kann. Es hat sich gezeigt, wie anpassungsfähig Menschen sein können und nicht zuletzt, wie gut die Stadt Schlieren mit diesem Virus umgegangen ist. Auch da möchte sich die Fraktion SP beim Stadtrat und der Stadtverwaltung bedanken. Vorbei ist noch nichts, der Virus wird auch im nächsten Jahr noch präsent sein. Im Budget 2021 und letztendlich der folgenden Jahresrechnung werden die Auswirkungen der Pandemie womöglich auch zu spüren sein. Um ein Budget optimal abnehmen zu können, um überhaupt etwas planen zu können, richtet man sich in erster Linie nach dem, was man bereits erlebt hat und was man schon kennt, aber richtet auch gleichzeitig den Blick in die Zukunft. Retrospektiv ist die Fraktion SP der Überzeugung, dass an der letzten Budgetdebatte das Parlament der Steuersenkung nicht zugestimmt hätte, hätte gehnt werden können, was auf die Schweiz zukommt. Dennoch möchte die Fraktion SP an der heutigen Sitzung den Blick in die Zukunft richten und hofft, dass einer moderaten Erhöhung zugestimmt wird, da der Stadt Schlieren ansonsten eine allfällige Rezession drohen könnte. Am 9. September 2020 wurde auf punkt4 ein Artikel veröffentlicht, welcher aufzeigte, dass netto 40 Firmen mehr als im Vorjahr in Schlieren ansässig sind. Zu diesem Zeitpunkt sprach man von über 1'100 Unternehmen in Schlieren. Die Lebensqualität in Schlieren steigt, die Infrastrukturen werden zeitgemäss errichtet und neu wird Schlieren als ein Paradies für Unternehmen und Private angesehen. Damit verbunden kommen aber auch Verantwortungen auf die Stadt zu. Die Bevölkerung wächst und wächst, während parallel für die Kultur und für Freizeitmöglichkeiten weniger und weniger investiert wird. Mit der grossen Bevölkerung wird auch das Bedürfnis nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten grösser. Daher wird es wenig bringen, Steuern einzusparen, wenn dem qualitativ hohen Standard in ein paar Jahren nicht mehr gerecht werden kann und die heute ansässigen Unternehmen und die Bevölkerung die Stadt nicht mehr unterstützen wollen.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass sich die Fraktion GLP beim Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten für den Aufwand und die umsichtige Arbeit im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Budgets bedanken möchte. Auch für die guten und verständlichen Beantwortungen der Fragen, welche über die RPK zu den Fraktionen gelangten, möchte sich die Fraktion GLP bedanken. Die Fraktion GLP findet es hingegen nicht so gut, dass anscheinend nicht alle Budgetpunkte zuvor nochmals dahingehend überprüft wurden, ob geplante Projekte tatsächlich im kommenden oder allenfalls erst im übernächsten Jahr umgesetzt werden. In solchen Fällen wären sie schliesslich für das Jahr 2021 falsch budgetiert. Eine Zusammenarbeit, wie vorgehend erwähnt, gibt auch den Parlamentsmitgliedern die Möglichkeit, sich ein gutes Bild vom Budget zu machen. Wichtig ist der Fraktion GLP hiermit noch darauf hinzuweisen, dass dieses Budget schon etwa Mitte Jahr angefertigt wurde und entsprechend für die nächste Rechnung, basierend auf diesem Budget bedacht werden muss, dass sich die Problematik im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Kosten und Folgen noch gar nicht berücksichtigt werden konnte. Deutlich wird, dass in Schlieren gebaut und umstrukturiert wird, was sich auf die Kosten auswirkt. Die Lage ist ernst. Das darf bei der Steuerfussdebatte nicht ausser Acht gelassen werden.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass es der falsche Moment für eine Steuererhöhung ist. Ja, wir sind in einer Krise, und diesmal in einer ausserordentlichen Krise, welche nicht nur die Gesundheit gefährdet, ja auch die Wirtschaft und somit auch logischerweise den steuerfinanzierten Finanzhaushalt von Bund, Kanton und Gemeinden wie Schlieren. Negative wirtschaftliche und finanzielle Veränderungen werden im nächsten Jahr wahrzunehmen sein. Das Parlament muss jede Gelegenheit wahrnehmen und sofern es sinnvoll ist, Investitionen und Ausgaben reduzieren und so sprichwörtlich den Gürtel enger schnallen. Dies hat die Verwaltung mit dem vorliegenden Budget bewusst an einigen Orten soweit möglich umgesetzt. Und jetzt kommt das Nein vom QV. Die Finanzen und gewisse Finanzkennwerte sind noch lange nicht im so kritischen Bereich, dass die Reisleine gezogen werden muss. Es gibt noch Spielraum und bei einer Krise ist es auch berechtigt diesen Spielraum auszuschöpfen, ohne in Panik auszubrechen. Die Stadt steuert nicht mit Vollgas auf einen finanziellen Bankrott zu. Deshalb ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuerfusserhöhung. Jetzt wo der Bund 65 Milliarden gesprochen hat für die Bekämpfung der Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen. Und dies ohne sofortige Ankündigung einer Bundessteuererhöhung. Jetzt nachdem nach 10 Monaten viele Unternehmen faktisch unproduktiv und vor dem Aus sind, auch in Schlieren. Die Message muss sein "Schliere hilft in der Krise" und nicht "Schliere nimmt in der Krise". Panikartige Steuerfuss-

schwankungen sind jetzt fehl am Platz. Der QV ist froh, dass auch der Stadtrat in seinen Einschätzungen im Budget selber am Anfang diese Sicht mit der Aussage: "Eine wesentliche Steuerfusserhöhung in der momentanen Lage wäre kontraproduktiv" bestätigt.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass aus Sicht der Fraktion FDP im vorliegenden Budget viel Luft drin ist. Bezüglich der erwähnten Luft muss man jedoch davon ausgehen, dass nur die Spitze des Eisbergs zu sehen ist. Die Parlamentsmitglieder sind Laien und verfügen über eine limitierte Sicht. Das Budget ist einmal mehr generell zu pessimistisch ausgefallen. Die Rechnungen der letzten Jahre sind jeweils um Millionen Franken besser als die entsprechenden Budgets ausgefallen – in einem Fall sogar um fast 10 Millionen. Bezugnehmend auf die Corona-Situation ist die Fraktion FDP der Meinung, dass eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ein absolutes No-Go ist. Zudem empfindet die Fraktion FDP die Absicht, die Steuersenkung vom letzten Jahr bereits wieder rückgängig zu machen, inakzeptabel.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass sich die Fraktion SVP ebenfalls bei der Verwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung des Budgets 2021 bedankt. Es macht keinen Sinn auf einzelne Positionen einzugehen, da eine Realisierungsquote von 3.041 Mio. Franken berücksichtigt wurde. Diese lag im Vorjahr lediglich bei rund 1.5 Mio. Franken. Ob alles so kommt und umgesetzt wird, das sei dahingestellt. Die Stadt Schlieren wächst. Eventuell möchte man nicht selber wachsen, man wird jedoch vom Kanton gezwungen. Nicht nur Schlieren wächst, sondern das ganze Limmattal. Dies bringt erhebliche Investitionen mit sich. Seit Jahren weist Boris Steffen persönlich auf die Verschuldung hin. Die Verschuldung wird nicht über die Erfolgsrechnung gelöst. Stadträtin Manuela Stiefel meinte, dass Schulden die Steuern von morgen sind. Diesbezüglich gibt ihr Boris Steffen recht. Entsprechend ist das Ziel zu verfolgen, weniger Schulden zu machen. Das ist schwierig. Diesbezüglich ist die Exekutive mit ihren Vorhaben in der Pflicht. Allenfalls muss sich Schlieren anders ausrichten.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass sich die Grünen beim Stadtrat und der Verwaltung für ihre Arbeit bedanken. Das Budget 2021 weist tiefrote Zahlen aus und trotzdem wollen einige im Parlament den Steuerfuss bei 111 % belassen. Die letztjährige Befürchtung, dass es ein Fehler ist den Steuerfuss zu senken, bewahrheitete sich nun leider. Nun einfach Investitionen zu streichen, welche mittelfristig unausweichlich sind, ist unklug. Die Grünen sehen aber auch, dass eine Erhöhung in der Krise bei den Bürgern sauer aufstossen würde.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zu den allgemeinen Fragen zum Budget 2021.

## **Allgemeine Fragen**

Parlamentspräsident Sasa Stajic fragt, ob es allgemeine Fragen gibt?

Boris Steffen (SVP) fragt, was die Investition INV00266 Ersatz Kindergarten Moos II im Betrag von Fr. 200'000.00 beinhaltet, da die Position in der Kontengruppe Mobilien budgetiert ist.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass es sich um Planungskosten für den Ersatz des Kindergartens handelt, welche versehentlich in der Kontengruppe Mobilien budgetiert sind. Die Korrektur wird vorgenommen.

Dominic Schläpfer (FDP) hat eine Frage zur Investition INV00365 Schulhaus Kalktarren, Neue Kopierräume im Betrag von Fr. 200'000.00. Im Schulhaus Reitmen befindet sich auf jedem Stock ein Kopierer bzw. Drucker. Er geht deshalb davon aus, dass man im Schulhaus Kalktarren dieselben Ausrüstungen vorgenommen hat. Er legt ein Foto eines Kopierstandorts im Schulhaus Kalktarren auf und verweist auf den abgebildeten Putzraum, welcher zurzeit leer steht. Dominic Schläpfer fragt deshalb, wieso die Drucker nicht im Putzraum oder in einem Schulzimmer aufgestellt werden? Er nimmt diesbezüglich an, dass eine Investition von Fr. 200'000.00 womöglich auf die Erfüllung von feuerpolizeilichen Auflagen zurückzuführen ist.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass es sich dabei um die vorgängig gestellte Frage Nr. 170 zum Budget handelt. Es sind tatsächlich feuerpolizeiliche Auflagen, welche erfüllt werden müssen und entsprechend zu den hohen Kosten führen. Der Stadtrat wird die bestmögliche Umsetzung anstreben, damit die Kosten so gering wie möglich ausfallen.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass sich seine Frage auf die Investition INV00160 Gebietsentwicklung Planung NO Gaswerk im Betrag von Fr. 30'000.00 bezieht. Er möchte wissen, wieso nochmals ein Betrag von Fr. 30'000.00 vorgesehen wird, obwohl bereits im Jahr 2020 Fr. 30'000.00 budgetiert wurde. Wurde der Auftrag extern vergeben? Was beinhaltet der Planungsauftrag? Wie weit fortgeschritten sind die Arbeiten? Falls der Auftrag noch nicht vergeben wurde, stellt sich die Frage, ob dies nicht auch die Stadtplaner zusammen mit den Grundeigentümern ausführen könnten?

Parlamentspräsident Sasa Stajic weist darauf hin, dass diesbezüglich ein Antrag eingereicht wurde, welcher zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert wird.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass zu dieser Budgetposition noch ein Streichungsantrag folgt, er die Frage dennoch vorab beantwortet. Es ist korrekt, dass der Betrag von Fr. 30'000.00 bereits im Budget 2020 enthalten ist. Dies ist ein schönes Beispiel, welches zeigt, dass bezüglich Planung nicht immer absehbar ist, ob ein Vorhaben im Budgetjahr begonnen werden kann oder nicht. Manchmal gibt es Kriterien, welche präzise sind und eine Dringlichkeit begründen. Dies ist beim Gaswerk-Areal nicht gegeben. Das Areal gehört praktisch ausschliesslich der Stadt Zürich. Das Gaswerk-Areal ist für die Stadt von enormer Bedeutung. Das Areal kann nur in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich entwickelt werden. Es wurde kein externer Auftrag erteilt. Auch sind noch keine konkreten Arbeiten ausgeführt worden. Der Stadtrat kann mit dem Streichungsantrag leben, da die Verantwortlichen der Stadt Zürich signalisierten, dass sie sich in nächster Zeit Gedanken bezüglich der Arealentwicklung machen werden. Damit besteht für die Stadt Schlieren im nächsten Jahr kein dringlicher Handlungsbedarf. Aus diesem Grund kann für das nächste Jahr auf die Fr. 30'000.00 verzichtet werden. Die Kosten wurden dennoch im Budget eingestellt, da der Stadtrat zum Ausdruck bringen wollte, dass Handlungsbedarf besteht, weil es sich um ein wichtiges Gebiet handelt.

Markus Weiersmüller (FDP) fragt, ab welchem Betrag mehrere Offerten für ein Vorhaben eingeholt werden müssen. Bis zu welchem Betrag können Arbeiten vergeben werden, ohne dass eine zweite Offerte eingeholt werden muss?

Stadträtin Manuela Stiefel legt die rechtlichen Grundlagen ausführlich dar und weist darauf hin, dass Aufwendungen zum Einholen von Offerten für die Budgetdebatte eine neue Aufgabe für die Verwaltung wären, die mit entsprechenden Ressourcen im Budget berücksichtigt werden müsste.

Daniel Tännler (SVP) stellt eine Frage zur Investition INV00384 Gasometerknoten Kantonsprojekt, Industriestrasse im Betrag von gesamthaft Fr. 395'000.00. Was beinhaltet dieses Kantonsprojekt und an welchen Ausgaben muss sich die Stadt beteiligen?

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Kanton im Zusammenhang mit dem Bau der Limmattalbahn verschiedene Verkehrsprojekte mitgeplant hat. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Stadt insbesondere in den Bereichen, wo die Limmattalbahn fährt oder fahren wird, vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Es gibt drei Hauptprojekte. Eines ist das in dieser Investition enthaltene Projekt. Das zweite ist der Umbau der Engstringerkreuzung und das dritte ist der Ausbau der Bern-Überlandstrasse in Richtung Dietikon. Diese Projekte hätten eigentlich im Voraus zur Limmattalbahn realisiert werden sollen, damit die gewünschte Entlastung erreicht worden wäre. Bei Projekten dieser Art werden vom Kanton jeweils nicht alle Kosten für die Gestaltung übernommen. In diesem Fall soll das im ISOS-Verzeichnis enthaltene Gebiet aufgewertet werden. Dabei handelt es sich um das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung. Bei solchen Projekten gibt es immer einen Kostenteiler zwischen Kanton und Stadt. Budgetiert ist der Anteil der Stadt an den Projektkosten.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass sich seine Frage auf die Investition INV00394 Städtisches Verkehrskonzept im Betrag von Fr. 75'000.00 bezieht. Die Kantone Zürich und Aargau bauen eine

Limmattalbahnhof. Weiter plant der Kanton zusammen mit dem ASTRA ein Autobahnanschluss und die Stadt Zürich ein Stadion. Bei diesen Vorhaben handelt es sich um überregionale Projekte, welche Schlieren ebenfalls betreffen. Erst nachdem alles fertig geplant ist und teilweise bereits fertiggebaut wurde, beabsichtigt Schlieren ein Verkehrskonzept zu erstellen. In anderen Regionen im Kanton Zürich werden bei überregionalen Projekten die Gemeinden und Städte informiert, sodass sie ihre Auflagen dem Projektleiter bekannt geben können. So können kommunale Verkehrskonzepte übernommen werden. Wenn dies in Schlieren nicht vorgängig gemacht wurde, möchte Thomas Grädel eine Erklärung des Stadtrats, wieso dies nicht vorgängig erfolgte.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass das Verkehrskonzept absichtlich nicht im Voraus erstellt wurde, da die erste Etappe des Baus der Limmattalbahnhof einen wesentlichen Einfluss auf das Zentrum hatte. Nun konnten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Kreisell gemacht werden. Es liegen Vorstösse aus dem Parlament bezüglich verkehrstechnischen Fragen vor. Das heisst, dass sich die Voraussetzungen massiv geändert haben. Aus diesem Grund ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Überprüfung der gesamten Verkehrssituation. Die erwähnten kantonalen Projekte waren vor zwei Jahren in Stadien, welche noch nicht sehr aufschlussreich waren. Man wusste noch nicht genau, wann der Autobahnanschluss ausgebaut und ob das Stadion wirklich gebaut wird. Es benötigt zudem immer eine gewisse Zeit, bis man mit den Partnern, in diesem Fall sind es der Kanton und die Stadt Zürich, eine Ebene aufgebaut hat, damit ein guter Austausch stattfinden kann und die notwendigen Informationen beschafft werden können.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass es keine weiteren Fragen gibt und gelangt zu den Anträgen.

## **Anträge**

### **Antrag 1**

#### **Gebietsentwicklung Gasi-Areal**

#### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 30'000.00**

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP den Antrag stellt, die Investition INV00160 Gebietsentwicklung Planung NO Gaswerk im Betrag von Fr. 30'000.00 zu streichen. Aufgrund der Ausführungen von Stadtrat Stefano Kunz ist ersichtlich, dass mit der Gebietsentwicklung noch nicht begonnen wurde und keine zeitliche Dringlichkeit begründet wird. Die Fraktion SVP bittet den Ressortvorsteher zudem zu prüfen, ob das Vorhaben im Jahr 2022 durch die Stadtplaner der Stadt erarbeitet werden kann, damit der Auftrag nicht extern vergeben werden muss.

Stadtrat Stefano Kunz wünscht das Wort nicht.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass es für die Fraktion SP schwer ist, den Antrag nachzuvollziehen, da der Antrag sehr kurzfristig und nicht auf dem offiziellen Weg über die IFK zu ihnen gelangte. Es liegt auch keine RPK-Frage diesbezüglich vor. Walter Jucker empfindet die Aussage von Stadtrat Stefano Kunz, wonach die Investition im nächsten Jahr nicht gebraucht wird, etwas fraglich, da für die Planung ein Betrag budgetiert wurde. Die Fraktion SP ist aufgrund der gewissen Unklarheit gegen diesen Antrag.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass es für den QV schwierig abzuschätzen ist, ob der Antrag sinnvoll ist oder nicht. Aufgrund von zu wenig Vorbereitungszeit, sieht sich der QV gezwungen, ein Time-Out von 10 Minuten zu beantragen. Sollte das Time-Out abgelehnt werden, wird der QV den Antrag der Fraktion SVP ablehnen.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass die Stadtplanung mit den Ressourcen am Limit ist. Anlässlich des Feierabendgesprächs wurde aufgezeigt, dass zurzeit sehr viele Projekte in Planung sind. Das Budget 2021 wurde im Spätsommer erstellt. In der Zeit von Spätsommer bis zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Budgets kann sich noch einiges ändern. Konkret geht es um die Frage der Priorisierung. Der Stadtrat muss sich die Frage stellen, was beim Gasi-Areal genau die Aufgabe der Stadt

ist. Der Stadtrat sieht es so, dass der Hauptteil der Aufgaben bei der Stadt Zürich als Eigentümerin liegt. Die Planung der Stadt Zürich ist noch nicht so weit fortgeschritten, dass sich die Stadt Schlieren einbringen kann. Aus diesem Grund kann der Betrag gestrichen werden, da im nächsten Jahr voraussichtlich noch keine Kosten für die Stadt anfallen werden.

#### **Ordnungsantrag des Quartiervereins auf ein Time-Out von 10 Minuten.**

Abgelehnt mit 21 zu 12 Stimmen.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass die Grünen gegen den Antrag sind. Das Gaswerk-Areal ist von überregionaler Bedeutung. Es muss zumindest im Budget ein Betrag enthalten sein.

Thomas Widmer (QV) fragt an, ob bei einer Streichung gar keine Planungsaktivitäten oder Gespräche mit der Stadt Zürich stattfinden.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass nicht Gespräche die Planungskosten ausmachen. Die Stadt Zürich macht sehr wohl Überlegungen, jedoch sind diese noch nicht so konkret, dass sich die Stadt Schlieren bereits einbringen kann. Dies wird voraussichtlich erst im Jahr 2022 oder 2023 der Fall sein.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag 1**

Angenommen mit 23 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

#### **Antrag 2**

##### **Treppe Leemannstrasse, Sanierung**

##### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 220'000.00**

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP den Antrag stellt, die Investition INV00094 Treppe Leemannstrasse, Sanierung im Betrag von Fr. 220'000.00, zu streichen. Die Treppe, welche die Leemannstrasse mit der Kampstrasse verbindet, wird nicht rege genutzt und stellt auch kein Unfallrisiko dar. Es wurden bereits im Jahr 2020 Fr. 220'000.00 eingestellt, die Renovation wurde aber nicht ausgeführt. Offensichtlich ist die Sanierung nicht dringend. Die Fraktion CVP/EVP findet, dass diese Treppe keine Priorität hat und die Investition deshalb gestrichen werden kann. In drei bis vier Jahren sieht es eventuell wieder anders aus.

Jolanda Lionello (SP) erklärt, dass die Treppe oberhalb der Leemannstrasse schon fast eine Legende ist. Seit Jahren wird versprochen, dass sie ersetzt wird und ebenso lang wird die Investition für den Ersatz des bröckelnden Bauwerks herausgeschoben. Mit dem Resultat, dass ein Neubau dieses Verbindungsstücks zwischen der Kamp- und der Leemannstrasse immer teurer wird. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Preise der Handwerker, sondern auch die Unterhaltskosten immer weiter steigen. Es stellt sich die Frage, ob zugewartet wird, bis jemand aufgrund der mangelhaften Treppentritte verunfallt. Ein möglicher Personenschaden würde sehr teuer ausfallen. Jolanda Lionello ist sich sicher, dass die Versicherung des Verunfallten die Adresse der Stadt nicht übersehen würde. Im Übrigen versteht sie nicht, warum die Investitionen der öffentlichen Hand immer wieder in Frage gestellt werden. Sie begreift nicht, wieso man den KMU's die Verdienstmöglichkeiten schmälern oder ganz wegnehmen will. Kleinunternehmen und ihre Angestellten bezahlen auch Steuern. Besser ist, wenn für alle Arbeit vorhanden ist, und damit Geld mit Würde verdient werden kann und niemand in die Abhängigkeit des Staats fallen muss. Die Fraktion SP ist gegen den Streichungsantrag.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die Fraktion GLP der Meinung ist, dass die Treppe ihren Nutzen noch wenige Jahre erfüllen wird. Da befürchtet werden muss, dass der Steuerfuss später bei der Steuerfussdebatte nicht wieder erhöht wird, muss das Parlament noch vorsichtiger haushalten. Aus diesem Grund kann dem Streichungsantrag zugestimmt werden.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 2**

Angenommen mit 24 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Parlamentspräsident Sasa Stajic erklärt, dass bei der Abstimmung zum Antrag 1 ein Parlamentsmitglied keine Stimme abgab. Da das Abstimmungsergebnis jedoch sehr deutlich ausfiel, schlägt er vor, dass die Abstimmung nicht wiederholt wird. Der Parlamentspräsident fordert die Parlamentsmitglieder auf, sich zu melden, wenn sie mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind und eine Wiederholung der Abstimmung wünschen. Es meldet sich niemand. Die Abstimmung wird nicht wiederholt.

### **Antrag 3**

#### **Kleinzelgliweg, Treppe**

#### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 200'000.00**

Daniel Tändler (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP den Antrag stellt, die Investition INV00289 Kleinzelgliweg, Treppe im Betrag von Fr. 200'000.00 zu streichen. Nach Rücksprache mit Anwohnern aber auch aufgrund eines Augenscheins vor Ort mit einer Fachperson empfindet die Fraktion SVP, dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Es gibt ein bis zwei Stellen am Rand, welche gemacht werden müssen, jedoch nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Die Fraktion SVP ist der Meinung, dass Fr. 200'000.00 für die Sanierung der Treppe sehr viel Geld ist.

Gaby Niederere (QV) erklärt, dass eine Besichtigung vor Ort zeigt, dass die Treppe soweit in einem ordentlichen Zustand ist. Es gibt zwei Absenkungen unmittelbar vor den Entwässerungsrosten von ca. 4 cm sowie zwei beschädigte Pflastersteine. Diese Unebenheiten könnten in der Tat zu Stolperfallen und somit dem Fussgänger gefährlich werden. Die WVA wird gebeten, diese Mängel im Rahmen vom normalen Unterhalt zu reparieren. Damit kann die Investition für einen Neubau der Treppe um ein bis zwei Jahre rausgeschoben werden.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 3**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

### **Antrag 4**

#### **Neugestaltung Stadtplatz**

#### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 40'000.00**

John Daniels (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP den Antrag stellt, die Investition Konto-Nr. 620.5010.654 Neugestaltung Stadtplatz im Betrag von Fr. 40'000.00 zu streichen. Der Stadtplatz ist neu und noch nicht lange in Betrieb. Was soll da neugestaltet werden? Ausser vielleicht ein paar Sitzgelegenheiten. Wenn aber der Kulturplatz und die Grüne Mitte geplant werden, macht es vielleicht Sinn auf dem Stadtplatz eine kleine Möblierung vorzunehmen. Dabei sollte jedoch ein direkter Bezug zum Kulturplatz und zur Grünen Mitte hergestellt werden. Die Zeit ist noch nicht reif für eine Umgestaltung.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass das gesamte Stadtplatzprojekt, bis hin zur Gestaltung, zu einem ganz grossen Teil umgesetzt wurde. Bei der budgetierten Möblierung handelt es sich um einen noch kleinen ausstehenden Rest. Dies muss jedoch nicht zwingend im nächsten Jahr sein. Der Stadtrat kann damit leben, wenn die Investition für das nächste Jahr gestrichen wird.

Songül Viridén (GLP) möchte vom Stadtrat wissen, was genau geplant ist.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Stadtplatz zur Hauptsache mit Stühlen möbliert werden soll. Dadurch soll die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass eine solche Möblierung andere Themen mit sich bringt. Es stellt sich die Frage, was mit den Stühlen passiert. Können sie beschädigt oder gestohlen werden? Solche Stühle für öffentliche Plätze sind sehr teuer. Für den Stadtrat ist verständlich, wenn das Parlament der Meinung ist, dass momentan der falsche Zeitpunkt für eine solche Investition ist.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass die Grünen die Streichung unterstützen.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass die Fraktion GLP ebenfalls auf Stühle verzichten kann. Wie bereits bekannt ist, wünscht sie sich persönlich eine Uhr und ein Trinkbrunnen auf dem Stadtplatz. Sie ist der Meinung, dass die budgetierten Fr. 40'000.00 nicht gestrichen, sondern für eine Uhr und ein Trinkbrunnen verwendet werden sollen.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag 4**

Angenommen mit 26 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung.

#### **Antrag 5**

##### **Wiesenstrasse, Geistlich-Areal (inkl. Bereich Bahnhof Nord, Zugang)**

##### **Kürzung um Fr. 750'000.00 auf Fr. 50'000.00**

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP der Meinung ist, dass zuerst die Veloschnellroute fertig geplant werden sollte. Die Fraktion CVP/EVP versteht aber, dass der Stadtrat mitreden muss, deshalb möchte die Fraktion eine Kürzung auf Fr. 50'000.00. Somit soll angezeigt werden, dass ein Handeln eingesehen wird, aber auch erkannt wird, dass die Umsetzung sicher nicht nächstes Jahr vollzogen werden soll.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass mit der Absicht die Investition INV00159 um Fr. 750'000.00 auf Fr. 50'000.00 zu reduzieren, die Sanierung der Wiesenstrasse im Jahr 2021 praktisch stillgelegt werden kann. Im Jahr 2020 wurde dafür ja schon Fr. 225'000.00 budgetiert und wohl auch schon ein Teil ausgegeben. Was die Fraktion SP bei diesem Antrag nicht versteht, ist, dass bei einer Streichung dieser Fr. 750'000.00 einige pendente Vorstösse seitens der Bürgerlichen nicht weiterverfolgt werden könnten. Die Fraktion SP ist der Meinung, dass die Forderungen der Kleinen Anfrage von Dominic Schläpfer vom 11. Dezember 2017, der Kleinen Anfrage von John Daniels vom 31. Juli 2019 und des Postulats von Sasa Stajic vom 17. Dezember 2019 ohne dieses Geld nicht umgesetzt werden können. Auch anlässlich der Fragestunden wurden wiederholt zur Sicherheit der Wiesenstrasse Fragen gestellt. Die geforderte Sicherheit an der Wiesenstrasse kann nicht umgesetzt werden, wenn man nun diese Fr. 800'000.00 streicht. Die Fraktion SP will, dass die Sanierung der Wiesenstrasse fortgesetzt wird und dadurch die Sicherheit mindestens mittelfristig verbessert wird. Deshalb ist die Fraktion SP gegen die Streichung der Fr. 750'000.00.

Songül Viridén (GLP) bittet den Stadtrat, den Zeitplan aufzuzeigen, um die Konsequenzen einer Streichung abschätzen zu können.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass sich zwischen der Verabschiedung des Budgets im Stadtrat und der Debatte im Parlament Verschiebungen ergaben. Der Kredit von Fr. 800'000.00 wird im nächsten Jahr nicht benötigt. Der Kanton ist noch nicht so weit, wie damals angenommen. Die Sicherheit wird jedoch jederzeit gewährleistet sein.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass der QV der Meinung ist, dass die Situation an der Wiesenstrasse dringend behoben werden muss. Die bestehenden Abhängigkeiten sollen den Stadtrat nicht daran hindern, die Planung fortzusetzen, damit die Situation in den Folgejahren bereinigt werden kann. Der QV kann unter der Prämisse, dass die Planung weitergeführt wird, mit einer Kürzung leben.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag 5**

Angenommen mit 26 zu 7 Stimmen.

#### **Antrag 6**

##### **Gestaltung Kesslerplatz**

##### **Kürzung des Gesamtbetrags von Fr. 150'000.00 um Fr. 50'000.00 auf Fr. 100'000.00**

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP den Antrag stellt, die Investition INV00165 Gestaltung Kessler um Fr. 50'000.00 auf Fr. 100'000.00 zu kürzen. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass beim Kesslerplatz bezüglich Gestaltung Handlungsbedarf besteht. Im Sinne jedoch, dass der Gürtel etwas enger geschnallt werden muss, soll die Position um Fr. 50'000.00 gekürzt werden.

**Parlamentspräsident Sasa Stajic unterbricht die Parlamentssitzung für eine Pause von 15 Minuten gemäss § 37 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments.**

**Parlamentspräsident Sasa Stajic setzt die Sitzung um 20.15 Uhr fort.**

Er informiert, dass sich Parlamentsmitglied Silvia Meier-Jauch für den Rest der Parlamentssitzung entschuldigt. Somit sind noch 33 Parlamentsmitglieder anwesend.

Es sind Fragen und Unklarheiten bezüglich den vorgängig verschickten Anträgen aufgetreten. Dazu möchte IFK-Präsident Hans-Ulrich Etter eine Erklärung abgeben. Diese wäre gemäss Geschäftsordnung zu Beginn der Sitzung abzugeben. Falls jemand vom Parlament nicht damit einverstanden ist, dass Hans-Ulrich Etter jetzt eine Erklärung abgibt, soll er sich bitte melden.

#### **Erklärung IFK**

Hans-Ulrich Etter (IFK-Präsident) erklärt, dass er zum Ablauf der Fragen Stellung nimmt. Versehentlich verfügen nicht alle Parlamentsmitglieder über die aktuellste Liste der vorgängig eingereichten Anträge. Die fristgerechte Verbreitung der ursprünglich eingereichten Anträge löste bei den Parteien Reaktionen aus. Dies führte dazu, dass gewisse Anträge angepasst oder verändert wurden. Die endgültigen Formulierungen lagen erst heute Morgen vor. Es gab leider ein Kommunikationsproblem, welches dafür verantwortlich ist, dass die angepasste Liste nicht von ihm persönlich, sondern auf anderen Wegen verbreitet wurde. Dafür entschuldigt sich der IFK-Präsident. Er weist darauf hin, dass das vorgängige Einreichen ein wichtiges Instrument für die Behandlung der Anträge ist. Es war keine Absicht von ihm oder anderen, die angepassten Anträge jemandem vorzuenthalten. Es wäre schade, wenn aufgrund dieses Ereignisses künftig auf ein vorgängiges Einreichen verzichtet würde.

#### **Die Behandlung von Antrag Nr. 6 wird fortgesetzt.**

Thomas Widmer (QV) weist darauf hin, dass Investitionen in der Regel gestrichen werden und nur sofern möglich gekürzt werden können. Ist es dem Stadtrat möglich, mit der gekürzten Position etwas zu realisieren? Was würde konkret noch gemacht und auf was würde verzichtet werden?

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass die Investition vorsieht, den Kesslerplatz, der gemäss Richtplan die Funktion einer Art Stadttor hat, entsprechend zu gestalten. Es ist allen bekannt, dass dies nicht die wirkliche Grenze ist. Man möchte jedoch auf dem Kesslerplatz und auf der Gasometerbrücke zwei Merkmale entwickeln. Der Stadtrat hätte gerne Fr. 150'000.00 für dieses Vorhaben, da mit der Planung begonnen werden kann. Unter anderem auch aufgrund der Aktivitäten der Migros Pensionskasse und des Gestaltungsplans, welcher soweit vorliegt und bald im Parlament thematisiert werden kann. Auch im Zusammenhang mit der Richtplanung und der Revision der Bau- und Zonenordnung wurde ersichtlich, dass das Gebiet angeschaut werden muss. Eine mögliche Auswirkung kann sein, dass der Zeitplan der Planungsarbeiten gestreckt wird. Der Stadtrat hat sich dies nicht so

vorgestellt, es ist jedoch auch kein Unglück, wenn ein Teil der Planung erst im Jahr 2022 weitergeführt werden kann. Es gibt also eine Manövriermasse und entsprechend hat das Parlament die Möglichkeit, Kosten zu kürzen, die dann aber wahrscheinlich nächstes Jahr wieder kommen.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass die Fraktion SP der Meinung ist, dass der Kesslerplatz als eine Art Stadteingang ein Identifikationspunkt und Ergänzung zur Mitte ist. Für die Fraktion SP macht eine Kürzung von Fr. 50'000.00 wenig Sinn. Der Platz, welcher für die Öffentlichkeit als Begegnungsort gedacht ist, kann die Attraktivität der Stadt steigern. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das Vorhaben gut geplant wird. Man sollte mit dem Kanton auf Augenhöhe über den Gestaltungsplan diskutieren können. Daher ist die Fraktion SP gegen die Kürzung.

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass mit der Kürzung nicht beabsichtigt wird, die Planung zu erstrecken. Es soll das Signal mit auf den Weg gegeben werden, bei der Gestaltung des Platzes kleinere Brötchen zu backen, damit am Schluss nicht ein X-Millionen-Platz entsteht, sondern das, was gebraucht wird.

Songül Viridén (GLP) möchte vom Stadtrat wissen, ob die budgetierten Kosten tatsächlich nur für die Planung sind oder es um die Gestaltung des Platzes geht. Da die Investition im Budget mit Gestaltung bezeichnet ist, ging sie von der Umsetzung aus. Aufgrund der Aussage, dass die Planung gestreckt wird, ist nun davon auszugehen, dass die Kosten nur für die Planung sind.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Betrag von Fr. 150'000.00 nur für die Planung ist. Der Kesslerplatz umfasst verschiedene Bereiche. Ein Teil betrifft das Gebiet der Migros, einer jenes des Deners. Im Verlauf der bereits erfolgten Vorarbeiten wurde festgestellt, dass es wichtig ist, auch die Nordseite des Kesslerplatz miteinzubeziehen. Da diverse Liegenschaften betroffen sind, ist das Vorhaben sehr komplex. Dies wiederum führt dazu, dass von so hohen Planungskosten auszugehen ist.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass es gemäss ihrem Verständnis nicht möglich ist, die Planungskosten zu kürzen, da nicht einfach nur ein Teil geplant werden kann. Aus diesem Grund ist die einzige Möglichkeit die Kosten zu kürzen, indem man sie verschiebt. Inhaltlich zu kürzen, hört sich relativ sinnlos an.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Stadtrat froh ist, wenn mit der Planung gestartet werden kann. Selbstverständlich wird sich zu gegebener Zeit die Frage stellen, ob die Fr. 100'000.00 ausreichen werden oder nicht. Der Stadtrat nimmt die Haltung der Fraktion FDP zur Kenntnis.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass wenn man einem Fachplaner, welcher rund Fr. 200.00 pro Stunde kostet, Fr. 150'000.00 in die Hand drückt, um die Gestaltung des Kesslerplatzes zu planen, dann arbeitet eine einzelne Person 18,75 Arbeitswochen. Wo geht das ganze Geld hin?

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass im Finanzplan für die Gestaltung des Kesslerplatzes 2.45 Mio. Franken eingestellt sind. Es handelt sich dabei um ein sehr umfangreiches Projekt. Dem Finanzplan können die verschiedenen Tranchen entnommen werden. Zurzeit sind noch nicht sehr viele Details bekannt. Der Stadtrat möchte mit Fr. 150'000.00 in die Planung einsteigen.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass er den Vorwurf von Dominic Schläpfer, wonach der Stadtrat leichtsinnig mit dem Geld umgehe, in aller Form zurückweist. Diese Unterstellung ist eine Frechheit. Der Stadtrat budgetiert sehr genau und sehr durchdacht. Dabei wird genau überlegt, wo und für was man investieren will, kann oder soll. Der Umfang dieses Projekts verpflichtet den Stadtrat, eine seriöse Planung durchzuführen. Wenn das Parlament der Meinung ist, dass die Planungskosten von Fr. 150'000.00 zu hoch sind, dann beginnt der Stadtrat die Planung mit Fr. 100'000.00 und ist dann bereit, zu gegebener Zeit wieder mit dem Parlament zu diskutieren. Dies bedingt jedoch einen konstruktiven Dialog.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass die Planung sehr wichtig ist und nicht klar ist, ob der gesamte Betrag überhaupt benötigt wird. Er steht jedoch zur Verfügung und bietet einen gewissen Spielraum. Die Planung ist das A und O, damit im Nachhinein nicht unnötig Geld ausgegeben werden muss.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass es keine positive Korrelation zwischen günstigen Planungskosten und schlussendlich günstigen Kosten eines Projekts gibt. Wenn mehr für die Planung ausgegeben wird, kostet es in der Regel auch danach etwas mehr. Die Aufsicht der Exekutive und der Verwaltung ist Aufgaben des Parlaments. Markige Worte gehören zur Politik. Es ist auch eine Frechheit von Stefano Kunz, dass er die Vorwürfe von Dominic Schläpfer als eine Frechheit bezeichnet. Die Haltung des Stadtrats, dass mit der Kürzung umgegangen werden kann, wird sehr geschätzt. Da Markus Weiersmüller davon ausgeht, dass die Meinungen gemacht sind, stellt er den

### **Ordnungsantrag auf sofortige Abstimmung.**

Parlamentspräsident Sasa Stajic fragt, ob Wortmeldungen zum Antrag von Markus Weiersmüller gewünscht sind.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass alle, welche noch etwas zum Antrag mitteilen möchten, diese Gelegenheit haben sollten.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung zum Ordnungsantrag gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Ordnungsantrag von Markus Weiersmüller (FDP) auf sofortige Abstimmung**

Abgelehnt mit 18 zu 14 Stimmen.

Filippo Fiore (FDP) möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Planungskosten nicht auf der Zeitachse verschoben werden sollen. Es soll bereits bei der Planung darauf geachtet werden, dass das Projekt mit Augenmass umgesetzt wird.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt erneut, dass die Botschaft angekommen ist. Bezugnehmend auf das Votum von Markus Weiersmüller ist festzuhalten, dass der Stadtrat auf unberechtigte Vorwürfe reagiert.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass sich die Planerbüros, wenn sie sich für einen Auftrag bemühen, genau informieren, welche Beträge im Budget eingestellt sind. Wenn Fr. 150'000.00 budgetiert sind, werden die Offerten auch in dieser Höhe ausfallen. Wenn nur Fr. 100'000.00 berücksichtigt sind, dann ist auch den Planerbüros klar, dass dieser Betrag nicht überschritten werden darf. In der Vergangenheit konnten aus diesem Grund einige Aufträge günstiger ausgeführt werden, da das Parlament gewisse Kosten gestrichen hat, die Firmen den Auftrag jedoch unbedingt ausführen wollten.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass die Grünen gegen diese Streichung sind, weil die Position nicht aufgehoben, sondern nur hinausgeschoben wird.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass die Botschaft offenbar angekommen ist, dass das Projekt im Umfang kleiner werden soll. Eine Kürzung zum jetzigen Zeitpunkt könnte zur Folge haben, dass nicht sauber und seriös geplant wird, was nicht nachhaltig ist.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 6**

Angenommen mit 18 zu 14 Stimmen.

**Antrag 7**  
**Querung SBB Reitmen (Fussgänger und Velo)**  
**Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 50'000.00**

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP überrascht ist von der Begründung, dass im Verkehrsplan eine Querung vorgesehen ist und deshalb nichts dagegen gemacht werden kann. Die Fraktion SVP hat bereits zum Zeitpunkt der Diskussion im Parlament betreffend Verkehrsplan darauf hingewiesen, dass dieses Vorhaben nicht gewünscht wird. Dem Auszug aus dem Parlamentsprotokoll vom 22. Juni 2015 zum Verkehrsrichtplan kann entnommen werden, dass der Stadtrat erklärte, dass das Parlament nicht nur über das Budget Einfluss nehmen kann. Die Projekte würden aufgrund der Grösse auf jeden Fall vors Parlament kommen, vermutlich würde es gar eine Volksabstimmung benötigen. Aus diesem Grund ist die Fraktion SVP dafür, das Vorhaben bereits zum Zeitpunkt der Budgetierung zu streichen.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Antrag auch nächstes Jahr wieder gestellt wird, da die Querungen Teil des Stadtentwicklungskonzepts sind und deshalb ein Behördenauftrag vorliegt. Der Stadtrat hat die Pflicht, die durch Konzepte beauftragten Vorhaben umzusetzen. Spätestens wenn es aufgrund des Agglomerationsprogramms zeitkritisch wird, muss die Diskussion abschliessend stattfinden.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass am letzten Dienstag in der Spezko wurde erwähnt, dass sich der Verkehrsplan und der Richtplan Siedlung und Landschaft nicht widersprechen dürfen. Das Parlament hat am 22. Juni 2015 den Verkehrsplan angenommen und damit dem Stadtrat den Auftrag erteilt, die fragliche Querung zu planen und zu bauen. Anlässlich der Parlamentssitzung vom 22. Juni 2015 hat die Spezko Verkehrsplan 13 Änderungsanträge zur Abstimmung eingereicht. Nichts sprach aber gegen die vorgesehene Fussgänger- und Veloquerung SBB Reitmen. Auch die danach gestellten Anträge des Quartiervereins, der GLP und der SVP befassten sich nicht mit dieser Querung. Somit war damals für alle klar, dass es diese Querung braucht. Auch, weil im Gebiet Reitmen sehr viele neue Wohnungen entstehen und so die Querung noch grössere Bedeutung erhalten wird. Es ist deshalb für die Fraktion SP nicht ganz verständlich, dass der Verkehrsplan mit dieser Querung, die der Spezko sicher bekannt war, angenommen wurde, danach aber immer wieder verhindert wird, dass dieser auch in diesem Punkt umgesetzt werden kann. Für die Fraktion SP ist es absehbar, dass übergeordnete Stellen befehlen werden, die Querung zu bauen. Ob das dann auch noch abzuwenden ist und ob es dann günstiger wird, wird sich zeigen. Aus diesen Gründen wird die Fraktion SP den Antrag nicht unterstützen.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass der QV diesen Streichungsantrag nicht unterstützt. Es sind bereits 5 Jahre seit Beginn dieses Vorhabens vergangen. Ursprünglich war eine Mehrheit der Meinung, dass es eine Querung nicht benötigt. In der Zwischenzeit wurden viele neue Wohnungen gebaut. Im Richtplan wurde definiert, dass es Querverbindungen geben soll. Mit der Planung für die Querung, welche zu einem späteren Zeitpunkt sowieso erstellt werden muss, soll begonnen werden.

Songül Viridén (GLP) fragt den Stadtrat, ob mit den Verantwortlichen des Bauhauses oder der Migros das Gespräch gesucht wurde, um zu klären, ob eine solche Verbindung auch in deren Interesse wäre und sie sich allenfalls an den Kosten beteiligen würden?

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass dies bisher noch nicht konkret gemacht wurde. Selbstverständlich werden solche Themen auf dem informellen Weg angeschnitten, worauf dann gewisse Rückmeldungen folgen. Der Stadtrat nimmt die Anregungen zur Kenntnis.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass er damals in der Spezialkommission Verkehrsrichtplan vertreten war. Es wurde anlässlich der Diskussionen in der Kommission wie auch im Parlament immer wieder erwähnt, dass es bei den Querungen um Wunschlinien handelt. Es sollen im Sinne einer Vision Wege und Querungen frei gewünscht werden. Denn am Ende entscheidet die finanzielle Lage über die Umsetzung. Genau an diesem Punkt ist man nun. Wenn die Stadt in einer super finanziellen Lage wäre, würde die Fraktion SVP ebenfalls gerne überall neue Querungen realisieren. Dies ist jedoch leider nicht der Fall.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag 7**

Angenommen mit 22 zu 10 Stimmen.

#### **Antrag 8**

##### **Rütistrasse/Ifang Anschluss**

##### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 80'000.00**

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP den Antrag stellt, die Investition INV00379 Konzept Rüti / Ifang Anschluss im Betrag von Fr. 80'000.00 zu streichen.

Walter Jucker (SP) fragt den Stadtrat, was im Konzept enthalten ist und wofür man es benötigt?

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass es bei Investitionsvorhaben jeweils um einen Perimeter geht. Der Perimeter Rütistrasse/Ifang ist eher gross. Auch diese Sachlage hat sich zwischen dem Zeitpunkt der Budgetierung verändert. Ein Thema ist der Kreisel, welcher nach der Engstringerbrücke erstellt werden soll. Dabei handelt es sich um ein Kantonsprojekt. Den neusten Mitteilungen der kantonalen Baudirektion kann entnommen werden, dass zurzeit noch nicht klar ist, wann der Kreisel erstellt werden kann. Nach der Erstellung erfolgt der Anschluss an die Rütistrasse. Dafür sind die Kosten im Betrag von Fr. 80'000.00 vorgesehen. Da nicht absehbar ist, wann der Kreisel gebaut wird, kann auch der Anschluss im nächsten Jahr noch nicht erstellt werden.

Gaby Niederer (QV) fragt den Stadtrat, ob es möglich ist, dass die Abteilung Bau und Planung das Budget im Oktober, bevor es an die RPK übergeben wird, nochmals überprüft und bezüglich zeitlichen Veränderungen bereinigt. Dies würde die Behandlung des Budgets wesentlich vereinfachen.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass dies nach der Verabschiedung durch den Stadtrat zuhanden des Parlaments nicht mehr möglich ist. Dass dieses Jahr mehrere Investitionen betroffen sind, ist aussergewöhnlich. Dies ist jedoch auch auf die Reorganisation auf kantonaler Ebene zurückzuführen. Es fand eine Umstrukturierung statt, welche sich unter anderem auf die Zuständigkeiten im Tiefbauamt und im Amt für Verkehr auswirkten. Diese Schnittstellen beeinflussen die geplanten Investitionsprojekte der Stadt.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass der Stadtrat die Budgetpositionen des Ressorts Bau und Planung sehr kritisch beurteilt hat. Es wurden bereits diverse Positionen durch den Stadtrat aus dem Budget gestrichen. Wie Stefano Kunz bereits erwähnte, kann das Budget nach der Verabschiedung zuhanden des Parlaments nicht mehr angepasst werden. Der Kanton verfügt jedoch über ein Instrument, um veränderte Tatsachen zu kommunizieren. Dabei handelt es sich um den sogenannten Novemberbrief. Der Stadtrat wird im Nachgang zu dieser Sitzung diesen Sachverhalt thematisieren und allenfalls ein solches Instrument prüfen. In der Vergangenheit traten solche Situationen eher selten auf, weshalb dies bislang kein Thema war. In Zukunft könnte eine vorzeitige Kommunikation, in einer noch zu bestimmenden Form, durchaus sinnvoll sein.

Walter Jucker (SP) möchte klarstellen, dass er sich im Vorfeld schwertat, das erwähnte Konto im Budget zu finden. Er weist darauf hin, dass die im Antrag aufgeführte Konto-Nr. falsch ist.

**Die im Antrag aufgeführte Konto-Nr. 600.5010.01 wird korrigiert und durch die Konto-Nr. 730.5010.01 ersetzt.**

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung Antrag 8**

Angenommen mit 24 zu 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

## **Antrag 9**

### **Umsetzung Spielplatzkonzept**

### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 50'000.00**

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP nicht gegen Spielplätze ist, sondern unglücklich über die Umsetzung ist. Die Salami-Taktik begann 2016 mit dem Spielplatz Schönenwerd. Zu diesem Zeitpunkt gab auch das vorgelegte Spielplatzkonzept Anlass zu Diskussionen. Der Stadtrat wollte zuerst den Spielplatz Schönenwerd als Referenzprojekt sanieren und neugestalten und dem Parlament anschliessend jedes einzelne Projekt vorlegen. Das Parlament wollte jedoch über ein ganzheitliches Spielplatzkonzept befinden. Nun hat der Stadtrat in der Zwischenzeit ein Spielplatzkonzept beschlossen, das dem Parlament nicht vorgelegt wurde. Die Fraktion SVP erwartet vom Stadtrat endlich ein Spielplatzkonzept, welches dem Parlament vorgelegt wird.

Rixhil Agusi (SP) erklärt, dass wie an der letzten Budgetdebatte, erneut der Antrag gestellt wird, die budgetierten Kosten für die Umsetzung des Spielplatzkonzepts zu streichen. Die Fraktion SP möchte von den Bürgerlichen nicht mehr hören, dass sie grundsätzlich nicht gegen Spielplätze sind. Denn sie sind der Meinung der Fraktion SP nach gegen Spielplätze und zudem auch fahrlässig. Im Fragekatalog zum Budget 2021 wurde explizit gefragt, für was die Fr. 50'000.00 eingesetzt werden. Die Antwort des Stadtrats war, dass als Umsetzungsschritt vorgesehen ist, die Spielgeräte des Spielplatzes Gugel zu ersetzen, damit dieser Spielplatz wieder vollständig den Sicherheitsvorschriften der Beratungsstelle für Unfallverhütung BFU entspricht. Sollte jemand verunfallen, käme dies für die Stadt sehr teuer, wenn sich herausstellen würde, dass der Spielplatz nicht regelmässig kontrolliert wurde resp. die Schäden behoben wurden. Die Fraktion SP setzt sich für das Wohl der Kinder ein und möchte, dass die Schlierener Kinder überall in der Nähe Zugang zu Spielplätzen haben, welche regelmässig überprüft werden. Die Fraktion SP ist gegen diesen Streichungsantrag.

Songül Viridén (GLP) zeigt zwei Fotos des betroffenen Spielplatzes. Die abgebildeten Spielgeräte sind in schlechtem Zustand. Die Sicherheit kann momentan nicht mehr gewährleistet werden. Entweder muss der Spielplatz geschlossen oder etwas unternommen werden. Es kann nicht im Interesse des Parlaments sein, dass der Spielplatz geschlossen wird. Nebenbei kann nicht garantiert werden, dass die Kinder nicht mehr dort spielen gehen, wenn der Spielplatz geschlossen ist, weshalb alleine für die Schliessung wesentliche Kosten anfallen werden.

Beat Kilchenmann (SVP) erklärt, dass der Stadtrat ein Spielplatzkonzept erarbeitet hat. Wie bereits erwähnt, wurde im Zusammenhang mit der Diskussion anlässlich der Sanierung und Neugestaltung des Spielplatzes Schönenwerd bezweifelt, dass die mit dem Spielplatzkonzept verbundenen Gesamtkosten, im Rahmen der Kostenprognosen ausfallen werden. Die Fraktion wünscht kein Konzept, welches aufzeigt, welche Spielplätze geplant, erneuert oder aufzuheben sind, sondern ein Konzept, welches auch die anfallenden Kosten enthält. Ein Jahr ist vergangen und es liegt noch immer kein Kostenkonzept vor. Die Streichung des budgetierten Betrags von Fr. 50'000.00 soll als Druckmittel verstanden werden, damit nächstes Jahr nicht wieder dieselbe Diskussion geführt werden muss. Abschliessend ist festzuhalten, dass die Kinder und die Sicherheit der Kinder der Fraktion SVP sehr wohl wichtig sind.

Stadtrat Andreas Kriesi erklärt, dass es ein Spielplatzkonzept, datiert mit 30. November 2015, gibt, welches vom Stadtrat genehmigt und nicht nur zur Kenntnis genommen wurde, wie einzelne behaupten. Das Spielplatzkonzept wird dem Parlament nicht vorgelegt, da es in der Kompetenz des Stadtrats liegt. Es ist auf der Website der Stadt zu finden. Das Konzept beschreibt dokumentarisch sämtliche Ist-Zustände, das jeweilige Entwicklungspotenzial sowie die entsprechenden Grobkostenschätzungen. Der Stadtrat hat eine Priorisierung der Umsetzung des Spielplatzkonzepts mit einem Kostenrahmen von 1.35 Mio. Franken beschlossen. Der Kostenrahmen kann voraussichtlich eingehalten werden. Die Umsetzung der grossen Spielplätze Im Rohr, Stadtpark und Kamp kann zurzeit nicht fortgeführt werden, da diese von anderen Grossprojekten abhängig sind. Der aktuelle Stand der Revision der Bau- und Zonenordnung zeigt nun auch, dass die Freihaltezone bei kleinen Spielplätzen wertvoll ist. Somit ist die ursprünglich geplante Schliessung oder Übergabe an Private der Spielplätze Gugel, Untertalstrasse, Freiestrasse und Limmatstrasse neu zu überdenken. Dies verlangt eine Überarbeitung der ursprünglich geplanten Priorisierung, welche im nächsten Jahr dem

Stadtrat vorgelegt werden soll. Bevor eine neue Priorisierung beschlossen ist, wird der Stadtrat dem Parlament kein Kreditantrag für Spielplätze unterbreiten.

Boris Steffen (SVP) fragt den Stadtrat, woher er die Kompetenz für Ausgaben in der Höhe von 1.35 Mio. Franken ableitet.

Stadtrat Andreas Kriesi erklärt, dass die Zustimmung zum Spielplatzkonzept an sich noch keine Kostengutsprache ist. Es werden einzelne Projekte und nicht ein Gesamtbetrag beantragt. Die Priorisierung enthält einen Betrag von 1.35 Mio. Franken.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 9**

Angenommen mit 17 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung.

### **Antrag 10**

#### **Sportanlage "Im Moos", Rasen und Tartanbahn Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 150'000.00**

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP anlässlich einer Besichtigung vor Ort feststellte, dass der Rasen in einem hervorragenden Zustand ist. Zurzeit ist er stellenweise gelb, aber dies ist in dieser Jahreszeit normal. Die Fraktion FDP ist zudem der Meinung, dass es in der Sportanlage "Im Moos" keine Tartanbahn braucht. Früher gab es dort eine Tartanbahn, welche nicht häufig genutzt wurde. Im Zusammenhang mit der Erstellung des Rasens wurde die Tartanbahn entfernt. Diese Investition wäre unnötiger Luxus und es wäre ökologischer Unsinn den Rasen umzupflügen und zu erneuern.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass der Rasen 30 - 40 Jahre alt und nicht mehr in einem guten Zustand ist. Neben der IT sind im Lehrplan 21 noch viele weitere Themenbereiche enthalten, unter anderem auch der Sport. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man mit dieser Aussenanlage dem Schulsportauftrag nicht gerecht wird. Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten wurde noch eine Weitsprunganlage thematisiert. Aufgrund der finanziellen Lage wurde darauf jedoch verzichtet. Die erwähnte Bahn bestand bis vor 15 Jahre. Dabei handelte es sich jedoch um eine Aschenbahn. Die Schule benötigt einen Aussenbereich für ihre Sportanlagen, wenn der Lehrplan umgesetzt werden soll. Bezüglich Tartanbahn ist zu beachten, dass keine Rundbahn, sondern lediglich zwei bis drei Sprintbahnen von 60 – 80 Metern geplant sind. Das Vorhaben beinhaltet keinerlei Luxus.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass der Rasen bei Regen katastrophal ist. Die Turnhalle wurde renoviert, aber der Platz rundherum ist ein Sumpf. Sport treiben zu können ist für Kinder wichtig.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass der Platz ihrer Meinung nach in keinem guten Zustand ist. Die Fraktion SP findet es bedenklich, dass man dort Gelder streicht, wo es um Kinder und Sport geht.

Dominic Schläpfer (FDP) fragt sich als Lehrer im neu erstellten Schulhaus Reitmen, wieso es dort keinen Rasenplatz und keine Tartanbahn hat. Er ist der Meinung, dass er und seine Lehrerkolleginnen und -kollegen einen durchaus befriedigenden Turnunterricht gewährleisten können.

Stadträtin Bea Krebs bittet die Parlamentsmitglieder den Betrag nicht zu streichen. Die anderen Schulhäuser verfügen über andere Möglichkeiten, den Sportunterricht durchzuführen. Nur das Schulhaus an der Schul-/Grabenstrasse nicht.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP prinzipiell nichts gegen Sportanlagen hat. Gegen diese Investition spricht jedoch der Zeitpunkt. Wie bereits erwähnt, muss der Gürtel etwas enger geschnallt werden. Gerne kann man eine solche Investition in zwei bis drei Jahren wieder diskutieren, sofern es die finanzielle Situation zulässt.

Daniel Tännler (SVP) fragt, ob die Sanierung des angrenzenden Kiesplatzes, welcher im Sommer als Parkplatz genutzt wird, im budgetierten Vorhaben enthalten ist.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass die Situation betreffend Kiesplatz im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung definiert werden soll. Der erwähnte Kiesplatz ist im Vorhaben nicht enthalten. Bezüglich Votum von Markus Weiersmüller, wonach momentan nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Investition ist, meint Manuela Stiefel, dass die finanzielle Situation im nächsten Jahr nicht besser sein wird.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 10**

Angenommen mit 16 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung.

### **Antrag 11**

#### **Schulanlage Reitmen, Sonnensegel und Gerätehaus Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 200'000.00**

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass auch für diese Investition nicht der richtige Zeitpunkt ist.

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass sie den Streichungsantrag in zwei Teilen erklären muss. Der Stadtrat war entsetzt als gelesen werden konnte, dass der Gesamtbetrag gestrichen werden soll. Absehbar war, dass das Gerätehaus als teuer empfunden wird. Beim Sonnensegel geht es jedoch um die Gesundheit. Alle Anwesenden waren im Sommer anlässlich der Parlamentssitzung im Schulhaus Reitmen und kennen daher den Platz vor Ort. Die Bäume werden irgendwann grösser und spenden Schatten. Die Schulleitung wies darauf hin, dass die Beschattung des Pausenplatzes per nächsten Sommer notwendig ist. Dies soll mit einem Sonnensegel gelöst werden, welches verschoben werden kann, sobald die Bäume gewachsen sind. Das Parlament ist gebeten, nicht den Gesamtbetrag zu streichen, da die Kinder das Sonnensegel zwingend benötigen. Das Gartenhaus hat eine Geschichte. Ursprünglich war eine ganz einfache Variante geplant, welche eine gemeinsame Nutzung von Schule und Hauswartung vorsah. Aufgrund des Gestaltungsplans ist dies jedoch nicht möglich. Die Schule braucht einen geschlossenen Raum, in welchem sowohl Hort wie auch Schule die Aussenpielgeräte wegräumen können.

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass für den Schulhausbau 70 Mio. Franken ausgegeben wurden und niemand dachte an Beschattung. Andere Pausenplätze in Schlieren sind auch nicht beschattet. Erst kürzlich ist ein Kind im Zusammenhang mit einem Sonnensegel tödlich verunfallt. Die Kinder steigen hinauf und können herunterfallen. Aus diesem Grund ist die Fraktion CVP/EVP gegen die Investition. Zudem sollte den Kindern zugemutet werden können, 5-25 Minuten pro Tag ohne Sonnensegel draussen zu sein. Zudem ist zu hoffen, dass die dort befindlichen Bäume in den nächsten Jahren den gewünschten Schatten spenden werden.

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass das Schulhaus nicht an einem optimalen Standort liegt. Die anderen Schulhäuser grenzen an Grünanlagen, welche kühlend wirken. Der Standort des Schulhauses Reitmen ist im Sommer brütender, sich stauenden, Hitze ausgeliefert. Es braucht nicht viel Ideenreichtum um zu erkennen, dass bereits eine Viertelstunde an der Sonne zu heiss ist. Aus Kostengründen wurden im Zusammenhang mit dem Bauprojekt keine 30 m hohen Bäume gepflanzt.

Gaby Niederer (QV) erklärt, dass die Bauabrechnung für den Neubau des Schulhauses Reitmen fast 1 Mio. Franken unter Kredit abschliesst. Das sollte bezüglich dieses Vorhabens ebenfalls berücksichtigt werden. Die Bedürfnisse nach einem Sonnensegel und einem Gerätehaus stellten sich erst im Rahmen des Schulhausbetriebs heraus. Die Kindergarten- und Schulkinder vor schädlicher Sonneneinstrahlung zu schützen, müsste aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse eine Selbstverständlichkeit sein. Zudem könnte dadurch die Aufenthaltsqualität auf dem Schulhausplatz verbessert

werden. Der QV ruft die bürgerlichen Parteien auf, nicht auf Kosten von Schulkindern zu sparen und diesen Antrag zurückzuziehen.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass sich die Fraktion SP dem Votum von Gaby Niederer anschliesst. Sparen ist gut und recht. Es gibt jedoch Bereiche in denen nicht gespart werden soll. Aus diesem Grund bittet die Fraktion SP um Rückzug dieses Antrags. Da die Sonne im nächsten Jahr nicht weniger scheinen wird, braucht es ein Sonnensegel bis die umliegenden Bäume gewachsen sind.

Heidemarie Busch (CVP) fragt, ob bei der Umsetzung noch weitere Kosten für Bauarbeiten entstehen? Sind diese Kosten im budgetierten Betrag enthalten oder nicht?

Vom Platz aus wird Heidemarie Busch durch den Stadtrat informiert, dass im budgetierten Betrag sämtliche Kosten für die Umsetzung enthalten sind.

### **Ordnungsantrag der Fraktion FDP auf 5 Minuten Time-Out**

Angenommen mit 24 zu 2 Stimmen bei 6 Enthaltung.

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP an ihrem Antrag festhält.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 11**

Angenommen mit 18 zu 14 Stimmen.

### **Antrag 12**

#### **Büelhof, Uitikonerstrasse 30, Standort Krisenstab Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 150'000.00**

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP den Antrag stellt, die Investition INV00025 Büelhof, Uitikonerstrasse 30, Feuerwehr - Standort Krisenstab im Betrag von Fr. 150'000.00 zu streichen. Der Krisenstab von Schlieren hat seine Zusammenkünfte normalerweise im Stadthaus. Nun soll im Feuerwehrdepot ein Notstromgenerator installiert werden, der für den Krisenstab des Stadtrats für Strom sorgt und der Krisenstab dann im Depot tagen kann. In der Zivilschutzanlage Freiestrasse steht aber eine komplett ausgerüstete Zentrale mit Notstromgenerator. Die Fraktion CVP/EVP fragt sich, wie der Stadtrat von aussen auf die Daten zugreifen möchte, wenn im Stadthaus kein Strom fliesst.

Stadtrat Pascal Leuchtmann erklärt, dass es um die Sicherheit geht. Gemäss Bundes- und Kantons-gesetzen zum Bevölkerungsschutz sind sämtliche Gemeinden in der Schweiz verpflichtet, über eine sogenannte Gemeindeführungsorganisation GFO zu verfügen. Diese Vorgabe dient dazu, vorbereitet zu sein, falls ein grösseres Ereignis wie eine Entgleisung eines Eisenbahnwagens voller giftiger Chemikalien, eine Atomkraftwerkkatastrophe, eine Naturkatastrophe, ein Terroranschlag, ein kriegerisches Ereignis, eine Pandemie oder ein totales Stromblackout über mehrere Tage, eintritt. Die aktuelle Situation hat gezeigt, dass auch eine Pandemie möglich ist, obwohl dieses Szenario nach einem mehrtägigen Stromausfall als Zweitwahrscheinlichstes eingestuft wurde. Bei solchen Szenarien muss der Stadtrat unterschiedlich reagieren und dabei handlungsfähig bleiben können. Dies ist nicht in jedem Fall im Stadthaus möglich. Entsprechend benötigt es verschiedene Möglichkeiten. Das übergeordnete Recht gibt vor, dass Gemeinden alternative Standorte definieren und vorsorglich ausrüsten. Zur Ausrüstung gehört neben Büroeinrichtungen und IT auch ein Notstromaggregat. Aufgrund ausführlicher Überlegungen ist man zum Entschluss gekommen, dass der separate Standort für den Krisenstab im Gebäude des Feuerwehrdepots sein soll. Dort fehlt lediglich das Notstromaggregat. Solange die Stadt über Strom verfügt, wird das Notstromaggregat nicht benötigt. Aber in normalen Zeiten braucht es auch keinen Krisenstab. Es ist richtig, dass beim KP Winkelwiese bereits ein Notstromaggregat existiert. Es handelt sich dabei jedoch um ein Aggregat mit sehr bescheidener

Leistung. Übrigens gibt es beim Büelhof ebenfalls ein Aggregat, welches jedoch die Feuerwehr benötigt. Das Notstromaggregat des KPs Winkelwiese ist veraltet und nicht in der Lage, ein Computersystem stabil zu betreiben. Die Alternative KP Winkelwiese wäre teurer, da nicht nur sämtliche Räumlichkeiten renoviert werden müssten, sondern auch die fehlende IT einzukaufen wäre. Zudem müsste eine IT-Leitung zum Stadthaus erstellt werden, welche zum Standort Büelhof bereits existiert. Mit der Bestimmung des KP Winkelwiese als alternativen Standort für den Krisenstab könnte entsprechend kein Geld gespart werden, es würde einfach anderweitig ausgegeben.

## **Sitzungsschluss 14. Dezember 2020**

**Parlamentspräsident Sasa Stajic unterbricht die Sitzung um 22.15 Uhr. Sie wird am Mittwoch 16. Dezember 2020, um 18.00 Uhr in der Aula im Schulhaus Reitmen fortgesetzt.**

## **Parlamentspräsident Sasa Stajic begrüsst am 16. Dezember 2020 um 18.00 Uhr in der Aula Reitmen zur Fortsetzung der Sitzung vom 14. Dezember 2020**

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass 31 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Er erklärt, dass sich Stadtpräsident Markus Bärtschiger und Geschäftsleiter Patrick Schärer für die heutige Sitzung entschuldigt haben. Stadtrat Stefano Kunz wird etwas verspätet eintreffen. Vom Gemeindeparlament haben sich Dominik Ritzmann, Yvonne Brändle Amolo, Silvia Meier-Jauch und Lukas Speck entschuldigt. Etwas verspätet eintreffen wird Gaby Niederer. Von der Stadtverwaltung wird Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften Oliver Küng begrüsst. Sasa Stajic ruft das Ende der Sitzung vom 14. Dezember 2020 in Erinnerung und zeigt das weitere Vorgehen auf. Der Präsident fordert die Parlamentsmitglieder auf, sich zu melden, wenn sie mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind. Die Parlamentsmitglieder stimmen dem Vorgehen stillschweigend zu. Es folgt die Weiterführung der Diskussion zum Antrag 12.

Sarah Impusino (CVP) fragt den Stadtrat, ob das Stadthaus über einen Notstromgenerator verfügt.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass in den nächsten Tagen ein kleines Notstromaggregat angeschafft wird. Dieses wird jedoch für den Schutz der IT-Infrastruktur benötigt, damit die Server im Falle eines Ereignisses nicht heruntergefahren werden.

Thomas Grädel (SVP) fragt den Stadtrat, wie oft die GFO in diesem Jahr im Einsatz war. Viele Gemeinden haben die GFO aufgrund der Corona-Pandemie eingesetzt. Über die technische Infrastruktur zu verfügen ist das eine, es müssen jedoch auch regelmässige Übungen durchgeführt werden, damit die Infrastruktur auch zweckdienlich genutzt werden kann.

Stadtrat Pascal Leuchtmann stellt fest, dass im Zusammenhang mit der GFO viele Fragen gestellt werden. Die Stadt verfügt über diverse Notstromaggregate. Dabei handelt es sich jedoch um kleine, meist nicht stationäre Einheiten, welche minimale Funktionalitäten überbrücken können. Für den neuen GFO-Standort verfügt man jedoch noch nicht über ein Notstromaggregat. Ein solches Aggregat kann nicht mit demjenigen für den Schutz der IT-Server im Stadthaus verglichen werden. Für den Betrieb eines GFO-Standorts wird weitaus mehr Leistung benötigt. Bezüglich GFO Schlieren erklärt Pascal Leuchtmann, dass die Organisation auf dem Papier besteht, bisher jedoch kaum eingesetzt wurde. Übungen wurden noch nicht durchgeführt, da die dafür notwendigen Einrichtungen noch nicht vorhanden sind. In der Vergangenheit wurde dieses Thema vernachlässigt und wird deshalb nun konzipiert. Ein- bis zweimal hat die GFO im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie getagt. Es stellte sich heraus, dass die aktuelle Struktur der GFO für eine solche Pandemie wenig geeignet ist, da sie eher auf Katastrophenereignisse ausgerichtet ist. Pascal Leuchtmann erklärt, dass die GFO über keine Struktur mit regelmässigen Übungen und viel Erfahrung verfügt. Dieser Umstand soll in Zukunft verbessert werden.

Daniel Frey (FDP) erklärt, dass der Bundesrat im nächsten Frühling einen sicherheitspolitischen Bericht herausgeben wird. Bezüglich Risiken wird etwa das gleiche wie im letzten Bericht geschrieben stehen. Es gibt punkto Eintretenswahrscheinlichkeiten zwei relevante Risiken für die Schweiz. Zum einen ist dies eine Pandemie und zum anderen ein flächendeckender mehrtägiger Stromausfall. Ein Aggregat inklusive Treibstoff in ausreichender Menge ist bei einem entsprechenden Stromausfall eine absolute Grundvoraussetzung. Zudem sind Übungen durchzuführen, um Abläufe, Abhängigkeiten, Schnittstellen etc. zu überprüfen und festzulegen. Daniel Frey stellt einen

### **Ordnungsantrag auf ein Time-Out von 5 Minuten.**

Parlamentspräsident Sasa Stajic erklärt, dass vor der Behandlung des Ordnungsantrags, noch ein Votum von Markus Weiersmüller erfolgt, weil er mit Daniel Frey zeitgleich um Worterteilung bat.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass diese Thematik in der IT als Disaster Recovery bezeichnet wird. Er erklärt, dass kurze und lange sowie lokale und grossflächige Stromausfälle auftreten. Sollte der Strom grossflächig ausfallen, nützt ein lokales Notstromaggregat wenig. Er findet es gut, dass für das Stadthaus ein Aggregat angeschafft wird. Zudem ist bekannt, dass die Feuerwehr ebenfalls

über ein Notstromaggregat verfügt. Alle überlebensnotwendigen Dienste wie Polizei, Feuerwehr, Militär, etc. können in so einem Fall die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe eigenständig gewährleisten. Wie vorhin gehört, wird den Gemeinden und Städten vorgeschrieben, die notwendigen Geräte anzuschaffen. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, falls ein Ereignis eintritt, dass in verschiedenen Gemeinden und Städten Notstromaggregate vorhanden sind, auf welche im Notfall womöglich ausgewichen werden kann. Diese Anschaffungen werden auf Vorrat getätigt. Ein Aggregat für das Stadthaus macht Sinn, zwei sind übertriebener Luxus.

#### **Ordnungsantrag von Daniel Frey (FDP) auf 5 Minuten Time-Out**

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt. Auf die Auszählung der Stimmen wird verzichtet.

#### **Parlamentspräsident Sasa Stajic bemerkt, dass in der Zwischenzeit Parlamentsmitglied Gaby Niederer eingetroffen ist. Somit sind 32 Parlamentsmitglieder anwesend.**

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass bezüglich Stromaggregate Unklarheit besteht, denn bei der erwähnten Anschaffung für das Stadthaus geht es um eine unterbrechungsfreie Stromversorgungs-Anlage (USV). Diese Anlage ist lediglich dafür da, um kurze Stromausfälle zu überbrücken und kann nicht mit dem im Betrag von Fr. 150'000.00 budgetierten Notstromaggregat verglichen werden. Das Argument hingegen ist, dass dadurch auf die Daten der Stadtverwaltung zugegriffen werden kann. Im Falle einer Katastrophe würde der Strom im Stadthaus jedoch nach rund einer Stunde ausfallen, entsprechend wäre der Datenzugriff nicht mehr möglich. Boris Steffen ist deshalb der Meinung, dass das Konzept falsch ist. Das Konzept bedingt, dass die Daten an beiden Standorten gesichert werden. Er erklärt, dass er bereits solche Konzepte erarbeitet hat und für die Stadt auch eines erarbeiten könnte. Sollte es keine anderweitige Nutzung ausser dem Datenzugriff geben, wäre die Investition wenig sinnvoll.

Hans-Ulrich Etter (SVP) fragt den Stadtrat, ob die Notstromversorgung für den Betrieb der ganzen Infrastruktur ist.

Stadtrat Pascal Leuchtmann bestätigt Hans-Ulrich Etter von seinem Platz aus, dass die Notstromversorgung für die Aufrechterhaltung des gesamten Betriebs ist.

Boris Steffen (SVP) weist darauf hin, dass die entsprechende Beantwortung der vorgängig eingereichten Frage anders ausfiel. Auf die Frage, wieso der alternative Standort für die GFO nicht in der alten Zivilschutzanlage errichtet wird, argumentierte der Stadtrat mit dem Datenzugriff. Da der Datenzugriff jedoch irrelevant ist, sind die Begründungen nicht verständlich.

Stadtrat Pascal Leuchtmann erklärt, dass am erwähnten Standort in der alten Zivilschutzanlage diverse weitere Investitionen getätigt werden müssten, um ihn für die GFO nutzen zu können. Die Argumentation des Datenzugriffs ist darauf zurückzuführen, dass zum geplanten GFO-Standort bereits eine Datenleitung besteht, zur alten Zivilschutzanlage hingegen nicht. Wie bereits erwähnt, ist der GFO-Standort nicht nur für ein einzelnes Ereignis, sondern für alle Szenarien gedacht. Selbstverständlich wäre ein mehrtägiger Stromausfall eine grosse Herausforderung und man wäre ein Stück weit machtlos. In diesem Zusammenhang meint Pascal Leuchtmann, dass er die Argumentation von Markus Weiersmüller, wonach bei einer Katastrophe die überlebenswichtigen Dienste selbstständig funktionieren würden und die Stadt entsprechend nicht eigenständig handeln, sondern sich auf Nachbarschaftshilfe verlassen soll, nicht teilt.

Markus Weiersmüller (FDP) stellt klar, dass er nicht gesagt hat, dass die Stadt nicht handeln soll, wenn eine Katastrophe eintritt. Er ist der Meinung, dass im Falle eines Ereignisses die notwendige Ausrüstung vorhanden sein muss. Er weist jedoch nochmals darauf hin, dass viele Gemeinden über mobile Notstromaggregate verfügen. Im Extremfall kann darauf zurückgegriffen werden. Markus Weiersmüller fragt, wie oft in den letzten 10 Jahren ein Notstromaggregat hätte gebraucht werden können und weder Kanton noch andere Gemeinden in der Lage gewesen wären, die Stadt Schlieren mit ihren Geräten zu unterstützen.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass man dankbar sein kann, dass sich in der Vergangenheit keine solchen Katastrophen ereigneten. Wäre man besser auf die Corona-Pandemie vorbereitet gewesen, wäre es vermutlich nicht so weit gekommen. In diesem Sinn lohnt es sich vorzuschauen anstatt zu spät reagieren. Aus diesem Grund braucht es ein Notstromaggregat.

Erwin Scherrer (EVP) erklärt, dass dem Antrag grundsätzlich zugestimmt werden kann. In der Hoffnung das im nächsten Jahr kein solches Ereignis eintrifft. Er geht davon aus, dass der Stadtrat die vorgehend mitgeteilten Anregungen entgegengenommen hat und sich bewusst ist, dass ein gewisser Nachholbedarf besteht. Erwin Scherrer ist der Meinung, dass der Stadtrat nochmals den gesetzlichen Auftrag ganzheitlich überdenken und die gehörten Vorschläge wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe überprüfen soll. Aus diesem Grund kann das budgetierte Vorhaben für das nächste Jahr gestrichen werden. Abschliessend meint Erwin Scherrer, dass es mehr Sinn macht, zu gegebener Zeit über eine ganzheitliche Lösung zu befinden. Eine solche Lösung wird womöglich teurer ausfallen, ist jedoch aber zweckdienlicher.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass die GFO wichtig ist. Es stellt sich ihm jedoch die Frage, wie gründlich die Budgetposition erarbeitet wurde. Wenn ein Standortwechsel für Fr. 150'000.00 realisiert werden kann, dann ist dies durchaus im Rahmen, da er davon ausgeht, dass die alte Zivilschutzanlage erheblich aufgerüstet werden müsste. Da seiner Meinung nach das Konzept noch nicht so ausgereift wirkt, ist es gut möglich, dass im nächsten Jahr noch weitere Kosten anfallen würden. Thomas Grädel fragt, ob die bestehenden Räumlichkeiten genutzt werden können oder ob es noch zusätzliche Investitionen benötigt.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass niemand hoffen soll, dass nichts passiert. Man soll vorausdenken. Das Geld ist nicht gespart, sondern nur aufgeschoben.

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass er 20 Jahre lang bei der Kantonspolizei Zürich sämtliche Notstromanlagen betreute. Es wurden bisher immer nur Ereignisse wie Katastrophen, Überschwemmungen etc. erwähnt. Er erinnert an seine Kleine Anfrage aus dem Jahr 2011. Wenn in Europa ein grösseres Ereignis eintritt, kann sich dies aufgrund eines allfälligen automatischen frequenzabhängigen Lastabwurfs auf die Schweiz auswirken. Dies geschah zuletzt in Hamburg, als ein Schiff in die Hauptstromversorgung fuhr und das ganze Netz stilllegte. Europa ist in 7 Sektoren eingeteilt. Wenn die Frequenz sinkt, wird 1/7 ausgeschaltet. Entsprechend muss sich ein Vorfall nicht zwingend in der Schweiz ereignen. Falls dies eintritt, ist man auf eine Notstromversorgung angewiesen.

Dominic Schläpfer (FDP) fragt den Stadtrat, wieso nicht auf die sich in der Nähe befindende Feuerwehrinfrastruktur zurückgegriffen werden kann.

Thomas Widmer (QV) fragt den Stadtrat, was Schlieren in so einem Extremfall machen würde? Da bereits morgen eine solche Katastrophe eintreffen könnte, geht er davon aus, dass man die Verantwortung wahrgenommen hat und entsprechend vorbereitet wäre. Was würde in so einem Fall ein Aggregat beitragen und was wäre der Mehrwert gegenüber heute?

Stadtrat Pascal Leuchtmann erklärt, dass die Feuerwehr dafür da ist, sofort auszurücken zu können. Die Infrastruktur ist auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet. Aus diesem Grund kann darauf nicht zurückgegriffen werden. Gleiches gilt auch für andere Rettungsorganisationen sowie das Spital. Pascal Leuchtmann weist erneut darauf hin, dass zur alten Zivilschutzanlage zuerst eine Datenleitung erstellt werden müsste. Der Standort wurde gewissenhaft evaluiert. Dabei wurde festgestellt, dass die Errichtung des Standorts in der alten Zivilschutzanlage mit höheren Investitionskosten verbunden wäre. Pascal Leuchtmann erinnert an den Beginn der Corona-Pandemie als keine Desinfektionsmittel und Masken vorhanden waren, obwohl es entsprechende Vorgaben des Bundes gab. Es hätte sich gelohnt, wenn die Vorgaben des Bundes befolgt worden und entsprechend genügend Schutzmaterial vorhanden gewesen wäre. Der Stadtrat will sich jetzt vorbereiten. Es können jedoch die unterschiedlichsten Szenarien eintreffen. Man kann nicht auf alles vorbereitet sein.

Daniel Frey (FDP) erklärt, dass sich das Thema in der Zwischenzeit zu einer sicherheitspolitischen Diskussion entwickelt hat. Die Argumente streuen von "nicht so schlimm" bis hin zur Garantie 100 %iger Sicherheit. Es wurden Voten gehalten, wonach die Stadt als Trittbrettfahrer agieren soll und andere Gemeinden und Städte für die Anschaffungen besorgt sein sollen. Es wurden auch Risikoabschätzungen gemacht. Zudem wurde angeregt, dass anstelle des Notstromaggregats lieber andere Investitionen getätigt werden sollen. Und letztlich waren da noch die kritischen Stimmen in Bezug auf technische Details. Sollten diese Argumentationen mehrheitsfähig sein, wirkt sich dies negativ auf die Sicherheitspolitik aus, denn Gründe dagegen sind einfach zu finden. Daniel Frey erklärt, dass es wichtig ist, den ersten Schritt zu machen und die Investition zu tätigen. Er bittet, dem Antrag um Streichung nicht zuzustimmen.

Markus Weiersmüller (FDP) fragt den Stadtrat, mit welchen Folgekosten oder zusätzlichen Ausbaustufen noch zu rechnen ist und welche nächsten Schritte diese Investition nach sich zieht.

Stadtrat Pascal Leuchtmann wiederholt, dass die Evaluation pflichtbewusst erfolgte und der Standort nach reiflicher Überlegung bestimmt wurde. Es gibt auch ein Konzept diesbezüglich. Neben elementaren Büroeinrichtungen, welche ebenfalls im Betrag von Fr. 150'000.00 enthalten sind, fehlt zur Hauptsache nur noch das Notstromaggregat. Mit weiteren grösseren Investitionen ist nicht zu rechnen.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass die Investition verschoben werden kann. Es ist jedoch an der Zeit nachzuholen, was in der Vergangenheit verpasst wurde. Wenn die Anschaffung wieder verschoben wird, so verpasst man es weiterhin. Walter Jucker freut es, dass Boris Steffen für die Stadt ein Projekt erarbeiten will. Dieses wäre jedoch wieder mit Kosten verbunden, welche ja sowieso wieder gestrichen werden. Boris Steffen (SVP) entgegnet darauf von seinem Platz aus, dass er für die Stadt kostenlos ein Konzept würde. Weiter meint Walter Jucker auf das Votum von Markus Weiersmüller, wonach im Falle eines Ereignisses auf die Nachbargemeinden zurückgegriffen werden soll, dass ein solches Ereignis womöglich nicht nur Schlieren, sondern auch die Nachbargemeinden betreffen wird.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass ein Feuerwehrdepot über eine Infrastruktur mit einer autarken Stromversorgung vor Ort verfügt, welche erweitert werden könnte.

Stadtrat Pascal Leuchtmann erklärt, dass die Infrastruktur der Feuerwehr nicht so einfach erweitert werden kann, da die Infrastruktur, wie bereits erwähnt, auf die Bedürfnisse der Feuerwehr ausgerichtet ist. Aus diesem Grund wird das budgetierte Notstromaggregat benötigt.

#### **Ordnungsantrag von Manuel Kampus (Grüne) auf Schliessung der Rednerliste**

Der Antrag wird mit 20 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist.

#### **Ordnungsantrag der Fraktion CVP/EVP auf 5 Minuten Time-Out**

Dem Antrag wird mit 29 zu 2 Stimmen zugestimmt.

Parlamentspräsident Sasa Stajic setzt die Sitzung fort.

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP den Antrag Nr. 12 zurückzieht.

#### **Antrag 13**

##### **Schulhaus Kalktarren, Neue Kopierräume**

##### **Streichung des Gesamtbetrags von Fr. 200'000.00**

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP den Antrag stellt, die Investition INV00365 Schulhaus Kalktarren, neue Kopierräume im Betrag von Fr. 200'000.00 zu streichen. Früher gab es im Erdgeschoss des mehrstöckigen Schulhauses ein Kopierraum, welcher für die Lehrpersonen zu-

gänglich war. Im Zuge des neuen IT-Konzepts wurden auf den einzelnen Geschossen separate Kopiergeräte aufgestellt. Aufgrund feuerpolizeilichen Vorgaben sollen nun Fr. 200'000.00 für neue Kopierräume investiert werden. Die Fraktion FDP schlägt vor, dass die Kopiergeräte in die bestehenden Putzräume integriert werden sollen oder jeder Lehrperson ein separates kleineres Kopiergerät im Schulzimmer haben soll.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass es sich bei den im Finanzplan eingestellten Investitionskosten aufgrund der feuerpolizeilichen Auflagen um gebundene Ausgaben handelt. Die Kopiergeräte können nicht einfach in die Putzräume gestellt werden. Da die feuerpolizeilichen Auflagen erfüllt werden müssen, werden die Arbeiten auch ausgeführt, wenn die Investition aus dem Budget 2021 gestrichen wird.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass dieser Sachverhalt bei der Planung falsch konzipiert wurde. Ihm ist bewusst, dass seitens der Feuerwehr beanstandet wird, dass Kopiergeräte nicht in den Gang gestellt werden dürfen. Aus diesem Grund hätte man von Anfang an keine Kopiergeräte in den Gang stellen sollen. Entweder hätten die Kopiergeräte von Anfang an in einem passenden Raum wie beispielsweise ein Schulzimmer aufgestellt werden sollen, sofern jede Lehrperson ein Drucker benötigt oder in einen bestehenden Abstellraum. Es handelt sich um eine Fehlplanung.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass Kopiergeräte in Schulzimmern keinen Sinn machen. Dies wäre mit Feinstaub, Lärm etc. verbunden. Bezüglich Vorwürfen der Fehlplanung meint Manuela Stiefel, dass dem noch nachgegangen werden müsste. Ihr ist nicht bekannt, seit wann die Kopiergeräte im Gang stehen. Es ist umzusetzen, was gemäss feuerpolizeilichen Auflagen zu erfüllen ist.

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass bei der Erarbeitung des IT-Konzepts geprüft wurde, ob in jedem Schulzimmer ein Drucker stehen soll. Es zeigte sich, dass dem nicht so ist. Der Wartungsaufwand sollte gesenkt werden. Es gibt nun weniger, dafür leistungsstärkere Geräte.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass es sinnvoll ist, grössere, leistungsstärkere Kopiergeräte zentral zu konsolidieren. Seiner Meinung nach sollte im EG und im obersten Stock je ein Kopiergerät stehen. Für falsch konzipierte Kopiergerätestandorte nochmals Fr. 200'000.00 zu investieren, ist der falsche Weg. Das IT-Konzept sollte regelmässig hinterfragt und gegebenenfalls korrigiert werden. Es ist nicht richtig, daran festzuhalten. Der Stadtrat ist gebeten, künftig bei der Planung schon auf die feuerpolizeilichen Auflagen zu achten.

Stadträtin Bea Krebs ergänzt, dass das IT-Konzept sehr wohl laufend überprüft und bei Bedarf angepasst wird. An der Strategie aber, dass keine Kleindrucker mehr angeschafft werden, wird festgehalten.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass er es schade findet, dass der Stadtrat am Montag noch sagte, dass die Option mit den Putzräumen geprüft werden kann, heute jedoch erklärte, dass dies nicht möglich ist und dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass das, was sie am Montag inhaltlich gesagt hat, stimmt. Sie hat auch am Montag gesagt, dass diese Möglichkeit nicht besteht. Der Sachverhalt wurde am Dienstag bereits geprüft. Die Bestätigung, dass die Option mit den Putzräumen nicht realisiert werden kann, hat der Stadtrat bereits erhalten. Da die feuerpolizeilichen Auflagen zwingend zu befolgen sind, entstehen automatisch gebundene Ausgaben.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

### **Abstimmung Antrag 13**

Abgelehnt mit 24 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weiteren Anträge zum Budget 2021 gestellt werden und informiert, dass das Budget aufgrund der angenommenen Änderungsanträge neu berechnet wird. Dafür folgt ein Time-Out von 5 Minuten.

Der Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften hat ausgerechnet, welche Auswirkungen die Berücksichtigung der angenommenen Anträge auf das Budget haben. Die neuen Zahlen werden mittels Powerpoint-Präsentation gezeigt. Parlamentspräsident Sasa Stajic fragt, ob zu den präsentierten Zahlen das Wort gewünscht ist. Das Wort wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung bereinigtes Budget 2021**

Dem bereinigten Budget 2021 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 5'797'900.00 wird mit 23 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Parlamentspräsident Sasa Stajic erklärt, dass die Bereinigung des Budgets abgeschlossen ist und nun die Behandlung des Steuerfusses erfolgen kann.

## **Steuerfussdebatte**

### **Diskussion**

Die RPK wünscht das Wort nicht.

### **Stellungnahme der Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften**

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass der Hausjournalist Alex Rudolf ihre Worte bei der Eintretensdebatte vom letzten Montag "versöhnlich" genannt hat. Versöhnung gefällt ihr da nicht so richtig. Denn da ist doch irgendwie ein Konflikt mit im Schlepptau. Manuela Stiefel möchte lieber von verantwortungsvoll reden. Verantwortung tragen bedeutet, dafür zu sorgen, dass das Notwendige und Richtige gemacht wird und kein Schaden entsteht. Sie zweifelt keine Sekunde daran, dass das Parlament heute Abend genau das machen wird. Es ist davon auszugehen, dass sich die Parlamentsmitglieder vermutlich bei der Auslegung, was denn das Richtige ist, nicht ganz einig sind. Der Stadtrat beantragt, den Steuerfuss wieder auf 114 % festzusetzen. Die bürgerliche Ratsseite möchte bei 111 % bleiben. Die Fraktion SP begrüsst eine moderate Erhöhung von 3 %. Unter "moderat" versteht man "angemessen". So sieht das der Stadtrat auch. Die Grünen haben schon letztes Jahr Bedenken gehabt bei der Senkung und sie sehen sich nun bestätigt. Die Fraktion GLP ist sich im Klaren, dass Umstrukturieren kostet und will heute daran denken. Bei der Fraktion FDP kamen in der Eintretensdebatte zwei Sprecher zu Wort. Der Aufwandüberschuss ist zu hoch, meinte der Eine. Und trotzdem sollen dem Finanzhaushalt Mittel entzogen werden. Es gibt noch viel Luft nach oben und das sei erst die Spitze des Eisbergs, sagte der Andere. Aber er sei ein Laie. Fragen kann man beantworten. Der RPK stehe viele Türen offen. Die Fraktion SVP sorgt sich um die Schulden der Stadt und will die Investitionen überdenken. Manuela Stiefel erklärt, dass sie es schon gemerkt hat. Der Finanzierungsfehlbetrag soll nicht gross verändert werden. Mit dem Streichen von Investitionen sollen die Mindereinnahmen wettgemacht werden. Investitionen verschieben, heisst das Kopfweh verschieben, weil sie wiederkommen werden. Der Vergleich des QVs, dass es noch nicht an der Zeit ist, die Reissleine zu ziehen, ist ein heikler Vergleich. Wenn der Fallschirmspringer erkennt, dass er die Reissleine ziehen muss, dann zieht er eigentlich an einem Griff eines kleinen Hilfsschirms aus einer elastischen Tasche am Boden des Fallschirmcontainers und wirft ihn in den Luftstrom. Der Hilfsschirm füllt sich und zieht wegen des Luftwiderstands über eine Verbindungsleine einen Verschlussstift aus einer Schlaufe. Somit ist der Container geöffnet und der Hilfsschirm kann den Fallschirm herausziehen. Der Stadtrat beantragt, den Steuerfuss auf 114 % festzusetzen. Das ist moderat, das ist angemessen.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass Manuela Stiefel ihn nicht richtig zitiert hat. Bei der besagten Spitze des Eisbergs ging es nicht um den Steuerfuss, sondern um die geplanten Anschaffungen, die

von der Fraktion FDP als Luxus bezeichnet wurden. Ausserdem hat er nicht sich, sondern das gesamte Parlament als Laien bezeichnet. Obwohl er aufgrund seiner betriebswirtschaftlichen Ausbildung etwas von Finanzen versteht, zählt er sich auch zu den Laien.

Olivia Boccali (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP gegen eine Erhöhung des Steuerfusses ist und für die Belassung des Steuerfusses von 111 % stimmt. Die Verschuldungsfrage wird mit der erneuten Hebung des Steuerfusses nicht beantwortet. Mit der Senkung des Steuerfusses auf 111 % im letzten Jahr hat das Parlament dem Stadtrat einen Sparauftrag erteilt, welchen es umzusetzen gilt. Die Fraktion CVP/EVP erklärte unter anderem damals, dass die vorhandenen Ressourcen effizient zu nutzen, Prioritäten abzuwägen und sowohl mit Ausgaben als auch Einnahmen haushälterisch umzugehen ist. Das hat auch heute Gültigkeit. Sodann ist die Fraktion CVP/EVP der Ansicht, dass eine Erhebung des Steuerfusses, um kurzfristige Konjunkturschwankungen zu korrigieren, nicht der richtige Weg ist. Schliesslich erachtet die Fraktion CVP/EVP eine zusätzliche steuerliche Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner von Schlieren insbesondere zur jetzigen Zeit, welche aufgrund der vorliegenden Umstände für viele mit finanziellen Unsicherheiten verbunden ist, als nicht zumutbar.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass es zwei Möglichkeiten gibt, wenn zu wenig Geld in der Kasse ist. Entweder man spart oder die Einnahmen werden erhöht. Die Grünen finden, die beiden Möglichkeiten sollten kombiniert werden. Manuel Kampus weist darauf hin, dass nicht bekannt ist, bei welchen Positionen der Stadtrat bereits gespart hat, da diese Kosten nicht mehr im Budget enthalten sind. Man kann es jedoch vermuten, da die Bürgerlichen nur Sparpotenzial bei Projekten für Kinder oder Jugendliche gefunden haben. Dies zeigt, dass der Stadtrat nichts Unnötiges im Budget 2021 eingestellt hat. Die Grünen sind für eine Erhöhung des Steuerfusses auf 114 %, damit beim nächsten Budget nicht wieder auf dem Buckel der eigenen Zukunft gespart werden muss.

Marc Folini (GLP) erklärt, dass sich die Fraktion GLP zähneknirschend für eine Erhöhung des Steuerfusses ausspricht. Die finanzielle Zukunft der Stadt ist nicht rosig. Sie war es vor Covid nicht und die Auswirkungen dieser Pandemie werden wohl erst in den kommenden Jahren richtig zu spüren sein. Kein Grund zur Panik, aber vergessen sollte man das nicht. Um John Daniels vom Montag zu zitieren: "Schlieren wird vom Dorf zur Stadt." Wir alle sind mitten in einem aussergewöhnlichen Wandel in einer aussergewöhnlichen Zeit. Im Moment wird in die Zukunft investiert, die Früchte dafür können jedoch erst in mehreren Jahren geerntet werden. Bis dahin sieht das Budget nicht rosig aus, das kann man drehen und wenden wie man will. Der Fraktion GLP stellt sich die Frage, worüber beim Antrag zur Erhöhung des Steuerfusses um 3 % auf das Vorjahresniveau gesprochen wird. Knapp 2 Mio. Franken zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr. Bürgerinnen und Bürger von Schlieren werden dadurch nicht ruiniert. Bei einem Einkommen von Fr. 100'000.00 (Top 10 % der Steuerpflichtigen in Schlieren) sind Fr. 150.00 mehr an Steuern zu bezahlen. Bei einem Einkommen von Fr. 60'000.00 sind es noch zusätzliche Fr. 50.00. Wirkt sich eine Steuererhöhung negativ auf die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt aus? Schlieren ist hochattraktiv aufgrund seiner Lage und Anbindung. Schlierens Konkurrenten sind Dietikon und Zürich und da ist Schlieren auch mit 114 % sehr attraktiv. Das genaue Prüfen des Budgets und der Mut zum Sparen ist wichtig und angebracht. An dieser Stelle ein grosses Lob an all diejenigen die Anträge ausgearbeitet und heute präsentiert haben. Aber so viel Luft scheint doch nicht drin zu sein. Alle Sparanträge entsprechen in der Summe 1.8 Mio. Franken, was immer noch kleiner ist als der budgetierte Ausfall an Steuergeldern von knapp 2 Mio. Franken pro Jahr durch den reduzierten Steuerfuss. Dabei ist nicht zu vergessen, dass sparen bei Investitionen aufgeschoben und nicht aufgehoben ist. Sparen ist einfach, aber richtig sparen ist eine Kunst. Die Art und Weise wie dieses Parlament letztes und dieses Jahr manövriert, ist nicht nachhaltig. Es werden Positionen gestrichen, die mittelfristig die Lebensqualität von Schlieren erhöhen würden, da ist man sich grösstenteils einig. Jetzt sei nicht der richtige Zeitpunkt, lautete bei mehreren Anträgen die Begründung. Dann wäre heute aber der richtige Zeitpunkt, um die Weichen dafür zu stellen. Es wird hier kurzfristig und kurzfristig gespart, um vergleichsweise beträchtliche jährlich wiederkehrende Steuerausfälle zu rechtfertigen. Heute werden die Weichen gestellt, ob man den einfachen Weg gehen will und den zukünftigen Ratskolleginnen und -kollegen ein noch stärkeres strukturelles Defizit hinterlässt oder ob man den unpopulären Schritt wagen und den Steuerfuss auf den Vorjahresstand heben will. Es ist gut, dass der Gürtel enger geschnallt wird. Aber wenn nur

abgemagert und gleichzeitig die Nahrungszufuhr auch noch reduziert wird, wird es irgendwann schwierig.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass die Corona-Pandemie viele hart traf. Mitten in einer Krise droht eine Rezession. Dies ist kein optimaler Zeitpunkt, um den Steuerfuss zu erhöhen. Auch die Fraktion SP würde den Steuerfuss lieber so belassen. Er müsste aber auch nicht erhöht werden, wenn das Parlament vor einem Jahr nicht den Fehler gemacht hätte, den Steuerfuss von 114 % auf 111 % zu senken. Das war, man muss es einfach beim Namen nennen, eine dumme Idee. Strukturelle Defizite waren bereits vor einem Jahr vorhanden und schon darum hätte der Steuerfuss schon damals nicht gesenkt werden sollen. Wird der Steuerfuss dabei belassen, verliert die Stadt weitere 2 Mio. Franken an Steuereinnahmen. 2 Mio. Franken, die beispielsweise für Dinge aufgewendet werden können, für die der Stadt ja anscheinend dieses Jahr das Geld fehlt, wie ein neues Sonnensegel für die Schule Reitmen, eine würdige Aussensportanlage im Moos oder die Sanierung eines Spielplatzes, damit die Kinder sicher spielen können. Die Stadt befindet sich in einer finanziellen Situation, in der der Steuerfuss durch die hohen Ausgaben wegen der Corona-Pandemie, aber vor allem auch durch die vielen Neuinvestitionen und die damit zusammenhängende Neuverschuldung und ungenügende Selbstfinanzierung, um viel mehr erhöht werden müsste und es wäre noch nicht genug. Eine solche Erhöhung kann der Bevölkerung und den juristischen Personen nicht zugemutet werden. Eine Erhöhung von 3 % macht für Familien in Schlieren keinen grossen Unterschied. Gute Leistung kostet. Schlieren wird weiterwachsen. Es soll in die Zukunft geschaut und langfristig geplant werden. Firmen kommen und bleiben nicht allein wegen des Steuerfusses in Schlieren. Es ist sicher ein Grund. Dieser liegt jedoch auch mit 114 % in einem guten Rahmen. Die Firmen sind wegen des Standorts und der guten Infrastruktur in Schlieren ansässig. Sie fordern gute Kinderbetreuung, Freizeitmöglichkeiten und mehr Kultur. Aber das kostet. Es wurde bereits über die Klimaveränderungen und nötigen Massnahmen gesprochen, die ja alle Parteien auch als wichtig erachten. Aber auch das kostet. Nach Meinung der Fraktion SP geht es nicht um eine Steuererhöhung, sondern um ein Rückgängigmachen der letztjährigen Steuersenkung.

Songül Viridén (GLP) erklärt, dass der Steuerfuss wieder zurückangepasst werden soll. Die aktuelle Diskussion kann als Weiterführung der letztjährigen Steuerfussdebatte bezeichnet werden. Es wird gespart und gespart und dennoch soll der Steuerfuss nicht erhöht werden. Die Fraktion GLP ist der Meinung, dass ein niedriger Steuerfuss darauf hinweist, dass es der Stadt finanziell gut geht und nicht mehr Steuereinnahmen benötigt werden, um der Stadt mehr als nur das allernötigste geben zu können. Wieso muss dann während der Budgetdebatte jeder Franken dreimal umgedreht werden? Wieso müssen die Kinder während brütender Hitze im Sommer auf dem Pausenplatz stehen, weil die Stadt sich kein Sonnensegel leisten kann? Wieso darf man in einer Stadt mit 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern und sechs Schulhäusern keine zweite öffentliche Tartanbahn bauen? Wieso genau wurden Fr. 50'000.00 für die Sanierung eines Kindergartens gestrichen?

Walter Jucker (SP) erklärt, falls der Steuerfuss heute durch das Parlament auf 111 % festgelegt wird, wird der Aufwandüberschuss, nicht wie es heute in der Limmattaler Zeitung steht, bei 5.5 Mio. Franken liegen, sondern bei etwa 7.8 Mio. Franken. Die Streichungen der Investitionen haben fast keinen Einfluss auf den Aufwandüberschuss. Drei Steuerprozente bringen der Stadt Schlieren ca. 2 Mio. Franken ein, davon etwa Fr. 300'000.00 Lastenausgleichszahlung des Kantons. Was bedeutet es aber für natürliche und juristische Personen, wenn der Steuersatz auf 114 % erhöht wird. Juristische Personen bezahlen nur Gewinnsteuer. Wenn es Firmen also wegen der Corona-Pandemie nicht gut läuft, bezahlen sie auch wenig oder sogar keine Steuern. Zudem werden Firmen nächstes Jahr in Folge der Steuerreform steuerlich begünstigt. Die Gewinnsteuersenkung beträgt 12.5 %. Auch bei gleichbleibendem Gewinn und einem Steuerfuss von 114 % bezahlen Firmen im Jahr 2021 weniger Steuern als zuvor. In Schlieren ansässige Firmen wünschen sich von der Stadt primär keine höheren Steuern als in der Stadt Zürich (119 %). Wichtig ist ihnen aber eine bessere Tagesstruktur für Kinder, wohl auch bessere Spielplätze und die Förderung kultureller Veranstaltungen. Für Personen, die Steuern für Verheiratete oder Einzelntarif bezahlen, bedeutet eine Steuererhöhung bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.00 eine zusätzliche Steuerbelastung von lediglich Fr. 146.60 pro Jahr. Die Stadt Schlieren kann aber dafür pro Einwohner ca. Fr. 100.00 mehr aufwenden. Wenn der Steuerfuss erhöht wird, steht für Familien mehr Geld zur Verfügung. Eine Familie mit einem Kind bezahlt bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.00 Fr. 146.60 mehr Steuern. Sie erhalten

von der Stadt jedoch Fr. 300.00 zurück. Bei einem Einkommen von Fr. 60'000.00, was etwa dem steuerbaren Durchschnittseinkommen in Schlieren entspricht, bezahlt man gerade noch Fr. 60.55 mehr bei einer Steuererhöhung von 3 %. Wenn dieses Geld nicht mehr vorhanden ist, müssen wo möglich künftig die Kosten für beispielsweise die Musikschule erhöht werden.

Thomas Widmer (QV) erklärt, dass der QV für die Beibehaltung des Steuerfusses von 111 % ist. Der Quartierverein ist der Meinung, dass die Krise gemeinsam durchgestanden werden soll. Der Gürtel ist enger zu schnallen.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass die Fraktion SVP darauf hinweist, dass die Steuereinnahmen im Vergleich dennoch steigen. Dies wird man jedoch erst im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss sehen. Aus diesem Grund sollte auch die Aufwandseite berücksichtigt werden. Der Personalaufwand fällt beispielsweise rund 2 Mio. Franken höher aus. Boris Steffen geht auf die gehörten Voten, wonach Firmen in Schlieren das Bedürfnis nach Kinderbetreuung und Tagesstrukturen haben, ein. Er erklärt, dass die Stadt die Tagesstrukturen für die Kinder, die in Schlieren zur Schule gehen, finanziert. Viele Mitarbeitende der in Schlieren ansässigen Firmen wohnen jedoch nicht in Schlieren und können daher nicht von den Tagesstrukturen profitieren. Dass die Fraktion SVP für die Beibehaltung des Steuerfusses ist, ist wohl klar.

Filippo Fiore (FDP) erklärt, dass die letzten sechs Stunden gezeigt haben, dass von der bürgerlichen Seite viele Anträge und Sparbemühungen eingingen. Von der linken Seite konnte kein einziger Sparantrag diskutiert werden. Man konnte irgendwelche Zahlen hören, die irgendwoher kommen. Von einer Korrektur der letztjährigen Steuerfussreduktion war die Rede. Die Beibehaltung des Steuerfusses gilt als Signal an den Stadtrat, dass mit dem Geld sehr haushälterisch umgegangen werden soll. Das ist der Auftrag, welcher das Parlament dem Stadtrat gibt und gerne würde erfüllt sehen.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass mit diesen Anträgen nichts gespart wird, sondern lediglich verschoben. In einem oder zwei Jahren werden diese Anträge wieder vorliegen. Dann müssen sie angenommen werden, da sie ansonsten als gebundene Ausgaben umgesetzt werden müssen.

Parlamentspräsident Sasa Stajic stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung gewünscht ist und gibt den Abstimmungsplan gemäss § 70 der Geschäftsordnung bekannt und weist auf die Möglichkeit hin, Einwendungen gegen den Abstimmungsplan vorzubringen. Da keine anderslautenden Anträge vorliegen, als den Steuerfuss bei 111 % oder 114 % festzulegen, wird über diese beiden Optionen mit einer Abstimmungsfrage befunden. Anstatt wie üblich Ja oder Nein zu stimmen, entscheidet man sich nun für 111 %, 114 % oder eine Enthaltung. Sasa Stajic fragt, ob es Einwendungen gegen dieses Vorgehen gibt und stellt fest, dass keine Einwendungen bestehen.

### **Abstimmung**

Dem Gegenantrag der RPK und somit einem Steuerfuss von 111 % wird mit 20 zu 11 Stimmen zugestimmt.

### **Ordnungsantrag der Fraktion FDP auf Verlängerung der Sitzung um Traktandum 2 abzuschliessen.**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften hat abschliessend das Budget 2021 unter Berücksichtigung des Steuerfusses von 111 % neu berechnet. Die neuen Zahlen werden mittels Power-Point-Präsentation gezeigt. Parlamentspräsident Sasa Stajic fragt, ob zu den präsentierten Zahlen das Wort gewünscht ist. Das Wort wird nicht gewünscht.

Das bereinigte Budget 2021 mit dem Steuerfuss von 111 % wird der Schlussabstimmung unterzogen.

**Das Gemeindeparlament beschliesst mit 23 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen:**

1. Vorlage Nr. 12/2020: Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses 2021:

a. Budget 2021 mit den durch das Gemeindeparlament beschlossenen Änderungen

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>Fr.</b>
Gesamtaufwand	172'720'500.00
Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	<u>109'633'600.00</u>
<b>Zu deckender Aufwandüberschuss</b>	<b>-63'086'900.00</b>
<b>Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	
Ausgaben	21'033'000.00
Einnahmen	<u>1'450'000.00</u>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>19'583'000.00</b>
<b>Investitionsrechnung Finanzvermögen</b>	
Ausgaben	4'083'000.00
Einnahmen	<u>1'359'200.00</u>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>2'723'800.00</b>
<b>Erfolgsrechnung</b>	
Zu deckender Aufwandüberschuss	<b>-63'086'900.00</b>
Steuerertrag bei 111 %	<u><b>55'500'000.00</b></u>
Aufwandüberschuss	<b>-7'586'900.00</b>

b. Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2021 auf 111 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von Fr. 50'000'000.00. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet.

2. Mitteilung an

- Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
- Archiv

Präsident

Sekretärin

Stimmenzählende